

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierjährlich 1.50 M. Anzeigenpreis die S. 65. Coloniezeitung für Arbeitsgesuch 75 Pf. Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

Adel.

Darin, daß man für andere lebt, liegt der Adel, nicht aber darin, daß man träge andre für sich leiden läßt. Carlyle.

Wahrer Adel ist mehr als eine Namensbevorrechtigung; er ist ein Ehrenzeichen für außerordentliche Verdienste um das Wohl der Nation. Doch nur wenige werden durch den Adels-titel aus der Menge herausgehoben, und bei diesen seiner Träger gebührt die eigentliche Anerkennung den Andern. Doch gibt es auch einen Adel, der nicht dokumentiert ist. Alle, die im öffentlichen Leben in den vorbersten Kampfesreihen stehen, tragen den Adel in sich. Von Adel sind die tapferen Vertreter einer Arbeiterschaft, die den Vorgesetzten Schäden aufdecken, berechtigte Forderungen vortragen und für das Wohl des geringsten ihrer Kameraden eintreten, selbst auf die Gefahr hin, daß ihre hochherzige Eröffnung mit mißbilligenden Vorwürfen und Drohungen begegnet wird. Es zeigt von Adel der Besinnung, wenn Familienmitglieder es mit Mut ertragen, wenn durch einen verirrten Angestellten Unheil über die Familie gebracht würde, wenn sie sich auf jede Weise bemühen, den Verirrten wieder auf den rechten Weg zu führen, statt ihn durch Lieblosigkeit noch weiter ins Elend zu stossen.

Jeder, der Ehegefühl in sich trägt, darf nicht mäßig zuschauen, wie andere für ihn handeln, damit er später nur die Früchte erntet. Es ist Sache jedes Mannes, seine Angelegenheit selbst auszufechten, jedoch nicht nach Kräften an der Erfüllung seiner Wünsche mitzuwirken. Darin liegt gerade auch die moralische Kraft des Streites, daß die ganze beteiligte Arbeiterschaft das gleiche lebt, um durch vereint passive Widerstandsmacht sich das Recht zu erkämpfen.

Auch der Adel der Besinnung umfasst immer nur eine kleine Zahl. Es gibt Männer genug, die sich bei den verschlebnen Gelegenheiten schen hinter dem Rücken ihrer Vorgesetzten bergen, aber den Sieg mit einer Genugtuung genießen, als hätten sie ihn selbst errungen. Um Schwierigkeiten auszuschieben — dazu gehört ein Mann; um für andre zu leiden und zu kämpfen — das ersfreut Adel.

Ein schwarz-blauer „Gewerkschaftsbau“.

Unter dieser Überschrift tritt die sozialdemokratische „Metallarbeiterzeitung“ großes Unbehagen ob der Verständigung, die zwischen dem christlichen Metallarbeiterverband und dem Gewerbeverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter H.-D. zustande gekommen ist. Das ist eigentlich auffallend, denn alle wahren Arbeiterfreunde freuen sich darüber, wenn durch gegenseitige Verständigung der vergangende Streit der Arbeiter untereinander immer mehr eingedrückt wird. Zudem enthalten die Vereinbarungen nichts, was sich etwa gegen den Deutschen Metallarbeiterverband als solchen richtet. Wenn sie sich auch unter den heute leider bestehenden Verhältnissen praktisch gegen die Ausschaltungsbemühungen und monopolistischen Allüren dieses Verbandes wenden, so steht dem doch nicht im Wege, daß wir ihn bereitwillig als den Dritten im Bunde begrüßen wollen, wenn er sich nur dazu versteht, diese genannten arbeitsfördernden Nutzungen abzulegen. Zu unserem lebhaftesten Bedauern aber müssen wir konstatieren, daß es damit anscheinend noch „gute Weile“ hat. Denn die gesamte Genossenpreise verrät in ihren Neuerungen eine unhinliche Wit gerade darüber, daß durch die Vereinbarungen den Monopolbestrebungen des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes ein kräftiger Stoß versetzt wurde.

Und in der Tat, 85 000 Metallarbeiter bedeuten schon etwas, auch dem roten „Arbeiterverband“ gegenüber. Von „Borwärts“ ausgelangen bis zum letzten sozialdemokratischen Winkelblättchen spät man Gift und Galle gegen die christlichen und Hirsch-Dunderschen Metallarbeiter. Weil keine jährlichen Mittel zur Hand sind, greift man in den Schrank, der die berühmten Geistesblüte aus anno Dokak enthält.

Der „Borwärts“ leistet „jovocierter Streikbruch“ bei den Unternehmern gefällig?!, die rote Genossen-Märktpreisse in Bochum krächzt wütend über den H.-D. Gewerbeverein, der, zusammenfallend, schon froh ist, wenn er sich ein Kreuz auf die Schultern eines schwachen aber hinterlistigen Krüppels führen könne. In diesem Stil wettert die soz. Tagespresse. Die „Metallarbeiterzeitung“ hat auch keine Worte mehr und setzt gewohnheitsmäßig: „eine Streikbruch-Gesellschaftschaft“. Ja, es ist bitter für diese Leute, sehen zu müssen, daß in Deutschland 85 000 organisierte Metallarbeiter darauf bedacht sind, durch gegenseitige Hilfe ihre wirtschaftliche Interessen und ihre Freiheit gegen sozialdemokratische Übergriffe zu verteidigen. Der „Metallarbeiterzeitung“ steht es wahrlich sehr schlecht zu Gesicht, von Streikbruch-Gesellschaft zu reden, nachdem in Eisenburg, Pforzheim, Berlin, Solingen und anderen Orten gegen die eigenen Genossen von sozialdemokratischen Metallarbeitern Streikbruch verübt und von den Beamten gutgeheißen wurde. Wer Zeuge sein kann, mit welchen Mitteln der sozialdemokratische Metallarbeiterverband den kleineren Metallarbeiterorganisationen im eigenen Lager zu Leibe geht, der hat auch die Erklärung für den roten Streikbruch. Vor Jahren hat die „Metallarbeiterzeitung“ einmal offen niedergeschrieben, daß man beim „Deutschen“ sozialdemokratischen Metallarbeiterverband alles daran setzen will, um die Macht zu erlangen. Die Formarbeiter und andere Branchenverbände hat er schon verschlungen. Die Maschinen- und Schmiede kommen auch an die Reihe. Um Mittel zum Zweck ih der „Deutsche“ nie verlegen. Einmal wird gestreikt bis den

Überspannungen die Faust ausgeht; wenn es aber angetreibt erscheint, verüben die vom „Deutschen“ Metallarbeiterverband ebenso struppenlos auch ganz gemeine Streikbruch, um ihr Ziel zu erreichen und die Macht zu erlangen. Solingen bietet hierfür in neuerster Zeit die deutlichsten Beispiele. Die christlich organisierten Metallarbeiter kennen ihre Pappenhauer vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband aus einer 12-jährigen Praxis. Die Lügen und Verleumdungen, welche den Genossen als Faust dienten, haben den christlichen Verband nicht umgebracht. Er ist gewachsen und heute sind 42 000 Metallarbeiter christlich organisiert. Seine weitere Erweiterung liegt im Interesse aller nichtsozialdemokratischen Arbeiter. In dem Maße, wie die christlichen Gewerkschaften erstarcken, wird die wahre Freiheit der Meinung und die Achtung vor der religiösen und politischen Anschauung im Wirtschaftsleben gefestigt.

Die Terrorizismusfälle im Metallgewerbe haben nicht wenig dazu beigetragen, mit dem Hirsch-Dunderschen Gewerbeverein eine Verständigung einzugehen. Im April 1910 wurde in Stuttgart-Cannstatt, direkt am Sitz des „Deutschen“ Metallarbeiterverbandes eine Resolution gefasst, welche besagt, Kollegen, die nicht im sozialdemokratischen Metallarbeiterverband organisiert sind, „werden entsprechend behandelt“. Dann schrieb die „Metallarbeiterzeitung“ Nr. 5/1911:

„Man kann keine allgemeine Regel darüber ausschließen, ob es zweckmäßig ist, Mitglieder gegnerischer Organisationen von der Beschäftigung in tauglichen Firmen auszuschließen. So etwas muß von Fall zu Fall entschieden werden.“

Angesichts solcher Ausschließungspolitik gegen organisierte nicht sozialdemokratische Arbeiter ist eine immer schärfer durchgreifende Abwehr geboten gegen jene, die das Recht auf eine Brotkastelle abhängen machen wollen von der Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Organisation. Nicht nur dieser Terrorismus, sondern auch die tiefschwarze geradezu ungewöhnliche Streitkraft der Genossen forderte im Interesse aller Arbeiter eine Verständigung mit dem Hirsch-Dunderschen Gewerbeverein. Aus einer ganzen Reihe von Streits mit 2 markanten Fällen.

1908 wurde in Oberstein eine Bewegung unter den Arbeitern der Edel- und Nickelmetallindustrie eingeleitet. Die Genossen führten eine blutklänftige Sprache und von einer Teilung des christlichen Metallarbeiterverbandes wollten sie nichts wissen. Um die irre geleiteten Arbeiter zu überreden, verzichtete man in der sozialdemokratischen Presse die Christlichkeit als „Kontauscheidung“. Als die Bewegung dann ihren Höhepunkt erreicht hatte und ein Streik unvermeidlich schien, stellten die Schreiber vom roten Metallarbeiterverband zusammen. Es durfte nicht gestreikt werden, es war kein Geld da. Die Arbeitgeber hatten bei Arbeitern, welche eine solche verdienen“ — eine Lohnverhöhung von 5 Prozent verhrochen. Am 29. Oktober veröffentlichte der Bezirksteilnehmer und der Vorsitzende Führermann vom „Deutschen“ Metallarbeiterverband einen Weltlauf, worin es hieß: „Wir geben uns der Hoffnung hin, daß die Herren Arbeitgeber bei der Festsetzung der zugesicherten Lohnverhöhung von mindestens 5 Prozent an alle Arbeiter, welche eine solche verdienen, nicht Gnust oder Mißgunst, sondern die Bedürfnisfrage entscheiden lassen.“

Die Arbeitgeber hatten die Leute richtig eingezäunt. Ein Jahr später setzten sie den Arbeitern eine Fabrikordnung schärfster Art auf die Nase. Dann sperrten sie aus Anlaß einer kleinen Bewegung sämtliche (auch die christlichen) Arbeiter aus. Die Folge war eine schmachvolle Niederlage. ½ Million Mark Unterstützungen waren verputzt und Hunderte Arbeiter sind noch nach Jahren brolls gewesen. Die ganze Niederlage ist die Folge der sozialdemokratischen Radikalität und Unvernunft gewesen. Bereit 1906 die Bewegung vernünftig und mit anständigen Mitteln energisch durchgeführt worden, so müssten die Arbeiter große Vorteile erzielen. Als die Arbeitgeber aber durch die Dummheit der Genossen ein Jahr Zeit hatten, um ihre Lager zu füllen und Vorbereitungen zu treffen, konnten sie die irregeleiteten Arbeiter niederringen.

Ein Gegenstück zu dieser Bewegung ist Pforzheim 1910. Hier schaltete man die christlichen Arbeiter ebenfalls aus und wütete nur so drauf los, um einen Sieg zu erreichen. Die Konjunktur war schlecht, Streikbrüder mit Erlaubnisfaktor stellte für einzelne Betriebe der sozialdemokratische Metallarbeiterverband selbst. Eine Niederlage schlimmster Art war dann den Arbeitern im ganzen Gewerbe besetzt. Auch diese Dummheit kostete ½ Million Mark Arbeitertrotzen. Angesichts solcher Streikunststücke und unter Berücksichtigung der bisher zu Tage tretenden Wicht, alle Bewegungen möglichst ohne jede Rücksicht auf nichtsozialdemokratische Organisationen zu machen, zwingen uns im Interesse der Arbeiter, dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband die Missbrauchswirtschaft seiner Macht etwas abzuzögern. Wir wollen gehört sein, ehe Bewegungen und Streiks eingeleitet werden, bei deren Durchführung unsere Mitglieder Solidarität über sollen. Unsere christlichen Arbeiter wollen nicht abhängig sein von der Gnade und Ungnade des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes. Das ethische Bestreben, dem Stande durch eine gewissenhafte Gewerkschaftsarbeit zu dienen, gibt uns das Recht, gegen eine solche Streikpolitik Front zu machen, wie sie doch gezeichnet wurde. Das ist um so leichter möglich, je größer die Zahl der Arbeiter ist, die durch ihre Organisation nichts weiter wollen, als christliche, besonnene gewerkschaftliche Arbeit. Die Sozialdemokraten wissen das, darum auch die helle Wit ob des geschlossenen Bündnisses.

Unsere Mitglieder drängen im Grunde werden eine solche Koaktion zu schaffen wollen. Wege der den Genossen der Deutschen nie verlegen. Einmal wird gestreikt bis den

höchste „schwarzblaue Gewerkschaftsbund“ wirken im Interess einer praktischen Gewerkschaftsarbeit, die von dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband und seinem Willen zu Macht auch den nicht sozialdemokratischen Arbeitern im Gewerbe ihre Freiheit und das Recht auf Arbeit sichert. Alle wahren Arbeiterfreunde werden sich dessen freuen. Die neuesten Verleumdungen der Sozialistenpresse einschließlich Metallarbeiterzeitung beweisen nur, daß wir ins Schwarze getroffen haben mit unserer Verständigung. Darum, Kollegen an die Arbeit, sorgt für neue Massen, arbeiten innerhalb auf das bald 50 000 christliche Metallarbeiter unserm Verbande angehören, dann lernt auch der verbissendste Gegner immer mehr unsere Macht — wenn nicht schämen, so doch mindestens respektieren. Alles, was Werk!

Aus dem märkischen Industriegebiet Hagen-Schwelm

Im Laufe der letzten 15 Jahre hat sich wohl nirgendwo die Fertigwarenindustrie so rapid entwickelt, wie innerhalb des Kreises Hagen-Schwelm. Die Zahl der hier beschäftigten Arbeiter betrug 1895 kaum 10 000, sie stieg inzwischen auf weit über 28 400. Die Bevölkerung, über 23 000, sind in der Fertigwarenindustrie beschäftigt; nur rund 5000 entfallen auf die schwere Industrie. Von einer Konzentrierung der Betriebe ist im Hagener Bezirk wenig zu verstehen, eher steht sich das Gegenteil behaupten. 1895 wurden z. B. 445, heute dagegen annähernd 600 Betriebe gezählt, inkl. 12 größerer Werke. Im Durchschnitt entfallen auf den einzelnen Betrieb 42, bei den größeren Werken 435 Arbeiter. Produziert werden in der Hauptfach Schrauben und Muttern, Waggonbeschläge, Werkzeugmaschinen, schmiedbarer Eisenguss (Temperguss), Hämmer und Hacken, Fahrrad- und Automobilteile, Ambosse, Schraubstöcke u. c.

Wie kein zweiter Bezirk war nun begreiflicherweise der Hagener in den letzten Jahren der Schauspiel größerer und kleinerer Kämpfe zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Wir erinnern nur an die Formarbeiterbewegung im Jahre 1906, die wegen ihrer interessanten Begleiterscheinungen denkenswürdige Bewegung der Grünthalter Hammerwerk im Jahre 1909, sowie die Generalauskettung im Vorjahr, die circa 20 000 Arbeiter in Mitleidenschaft zog.

Obwohl die wirtschaftlichen Vereinigungen wie Schraubstockindustrie, Verein der Hämmer- und Hackensablonanten, Verein der Tempergießereien u. c. schon vor Jahren geschaffen wurden, ist der Arbeitgeberverein erst im Jahre 1905 gegründet worden, „als Folge der allmählich sich entwickelnden Arbeitervereinungen“. Als erste Abwehr gegen die „unberechtigten“ Forderungen der Arbeitervereinungen hat der Arbeitgeberverein bis 1910 aufscheinend die Aussperrung gehalten. Wir sagen bis 1910, denn die vorjährige Aussperrung hat den Arbeitgeberverein Hagen-Schwelm klar und klar bewiesen, daß ein ehrlicher Friede doch weit besser ist als ein Kampf, der beiden Faktoren unermesslichen Nachteil bringt. Die letzte Aussperrung hat aber auch das gerade Gegenteil von dem bewirkt, was die Unternehmer sich von ihr versprochen. Statt der brüderlichen Verschmelzung der Arbeiterorganisationen war eine starke Entwicklung festzellen die Folge. Zwar stehen noch immer viele Arbeiter abseits der Organisation, aber die Zeit wird auch diesen „Braven“ schon Lehren, daß ein standesbewusster Arbeiter organisiert sein muß. Im Vorjahr wurde ein Teil durch die „Mildtätigkeit“ der Fabrikanten „unterstützt“. Ob es bei einer voll. neuen Aussperrung wieder geschieht, möchte wir indes sehr bezweifeln. Weil doch der letzte Handelsstammbuchbericht, gerade der Umstand, daß die organisierten Arbeiter von ihren Organisationen, die unorganisierten von den Fabrikanten unterstützt werden seien, hätte nur die Türe des Kampfes verriegelt. Wir gehen daher in der Annahme wohl nicht fehl, daß bestätigt wird, die „Braven“ und „Treuen“ in Zukunft ein fach hungen zu lassen, damit sie eher gefügig sind. Hoffentlich befinden sich die unorganisierten Kollegen auf ihre Pflicht.

Die Aussperrung hat dann auch infolgen ihres Zweck verfehlt, daß durch sie die Geschlossenheit im Arbeitgeberlager nicht gewachsen ist. Zwei der größten Firmen haben durch die Aussperrung die „Nose voll“ bekommen, sobald sie nachträglich ihren Auftritt aus dem Arbeitgeberverein erklärten. Wir nennen die Illuminatoren-Fabrik mit fast 2000 und die Firma Eick & Co. mit 1200 Arbeitern. Der einzige Vor teil, der allerdings schwer wiegt, ist für die Arbeitgeber durch die Einführung des Zwangsarbeitsnachweises erzielt. Im Vorjahr hieß es zunächst, der Arbeitsnachweis des Arbeitgebervereins „soll nur Arbeit vermitteln, kein Arbeitssuchender ist gezwungen, eine nachgewiesene Stelle anzunehmen.“ Wie bestätigt unser Märtzen gegenüber diesen Versicherungen war, hat das erste Geschäftsjahr des Arbeitsnachweises bewiesen. Doch lassen wir zuletzt eine mögliche Stimme hierzu sprechen. Der letzte Handelsstammbuchbericht schreibt über die „segenstreiche“ Wirthschaft folgendes:

„Der Arbeitsnachweis konnte in wiederholten Fällen solchen Firmen, über die die Arbeitervereinigung die Sperrre verhängt war, genügend Arbeitskräfte zuweisen. Es ermöglichte es in allen Fällen, entstehende Bewegungen sofort festzustellen und war dadurch in der Lage, wirklich vorhandene Differenzen politisch zeitig zu beseitigen.“

Diese Verhöhnung spricht für sich selbst. Wie man praktisch arbeitet, wollen wir noch an einem Beispiel nachweisen. Der Arbeiter R. erhielt vor kurzem von der Nachweisstelle Hagen, wo er um Arbeit vorsprach, einen Schein für die beschränkte Firma Remm-Geselsch. Es war begreiflich, daß dieser Arbeiter, als er hörte, daß bei Remm gestreikt würde, die Arbeitsaufnahme verweigerte. Die Firma Remm bestätigt dieses prompt durch den Vermerk auf dem Nachweischein: „Will nicht anfangen wegen der Differenzen. R. B. Besprecher.“ Der Kollege ging sofort zu einer anderen Firma, wo er dann auch Arbeit zugesagt erhielt. Da diese Firma aber dem Arbeitgeberverein angehörte, machte sie die Einstellung davon abhängig, daß R. den „Nachweischein“ beibringe. Ohne den Schein darf eben keine Firma einen Arbeiter einstellen. („Herr-im-Hause-Standpunkt“?) R. wanderte nun wieder zum Arbeitsnachweis, wo ihm aber schiefweg erklärt wird: „Sie bekommen keinen Schein, erst fangen Sie bei der Firma Remm an.“ So steht also heute das „Freizügigkeitsrecht“ des Arbeiters in Hagen aus. Ist er nicht bereit, unter Umständen auch Verrat an seinen eigenen Arbeitskollegen zu verüben, muß er eben hungern.

Derartige Fälle stehen nicht vereinzelt da. Beim ersten sei noch, daß R. zu jenen Leuten gehörte, die bisher den Verbundsbetrag „sparten“. Hoffentlich hat er, wie auch manche andere, denen es genau so erging, nun erfahren, wohin eine solch falsche „Sparsamkeit“ führt.

Man muß sich nun fragen, wohin die Politik des Arbeitgebervereins eigentlich führen soll. Den Frieden fördert sie wahrhaftig nicht. Über den scheinen auch gewisse Herren garnicht zu wollen. Die minimalsten Forderungen, welche die Arbeiter stellen, werden nicht eher berücksichtigt, bis auch die Kündigung erfolgt. Die meisten Bewegungen, welche in diesem Jahre geführt wurden, hätten sich zweifelsohne auch auf friedlichem Wege regeln lassen. Wir erinnern an die Streiks bei Puddinghaus-Altenböerde, Wölzel-Gebelsberg, G. Tiefenbach, Remy-Geselsch, ferner an die Bewegungen bei Bovermann Nachf., Vogelsang und Gebelsberg, und Wittmann Nachfolger-Häse. Der Streik bei der Firma Schubert-Schöbeln dauert bereits 2 Monate, obwohl auch hier bei einem guten Willen der Friede leicht erreicht werden könnte. Unserer Überzeugung nach wurde der Arbeitgeberverein nur seiner Pflicht nachkommen, wenn er sich einmal ernstlich bemühte, die bestehenden Differenzen auf friedlichem Wege zum Ausgleich zu bringen. Sicherlich liegt das genau so gut im Interesse der märkischen Industrie, als wenn man von den Arbeitern verlangt, sie sollen darauf warten, daß die heimische Industrie konkurrenzfähig bleibe. Die Arbeiter sind die letzten, welche den Frieden nicht wollen. Aber auch die Arbeitgeber sollen einmal den christlichen Willen zeigen, daß sie das gleiche wollen. Bisher haben sie das in ihrer Gesamtheit nicht getan. Wir erinnern daran, wie sich nach der vorjährigen Aussperzung einzelne Firmen über die zwischen Arbeitgeberverein und Arbeiterorganisationen getroffenen Vereinbarungen hinwegsetzen, und Arbeiter nur aus dem Grunde nicht wieder einzustellen, weil man wußte, es sind „Organisierte“.

Auch dient es dem Frieden nicht, wenn man so handelt, wie kürzlich die Inhaber der Firma Remm-Geselsch. Diese Firma hatte ein schriftliches Abkommen mit ihren Arbeitern getroffen, laut welchem der Streik unter der Bedingung beendet wurde, daß die beiderseits getroffenen Maßnahmen zurückgezogen würden. Die Firma kam ihrem Versprechen in der Form nach, als sie nachher einen Teil der Streikenden nicht wieder einzustellen mit der Mobilisierung „Stellen besetzt“. Trotzdem wurden neue Arbeitskräfte angeworben und Überstunden auf Überstunden genutzt. Ob die Herren Wolff, Kreitsprecher & Co. von genannter Firma glauben, daß sei „Friedenspolitik“? Wir sind der Ansicht, daß man durch derartige Schikanen Wind sät und Sturm erzeugt. Und beschwichtigt wird dieser Sturm sicher nicht durch insame Beleidigungen und sonstige Schurkenstreiche, die sich ein „Herr“ Arbeiter gegen unsere Kollegen herausnehmen zu dürfen meint.

Der Handelskammerbericht klagt über Übwanderung lüftiger Arbeiter aus dem liegenden Bezirk nach auswärts. Kann das den Kenner der hiesigen Verhältnisse Wunder nehmen? Wir sagen nein. Die märkische Industrie bedarf eines arbeitsfreudigen Stammes von Arbeitern. Die ganze Lage der selben erfordert es. Will man ihn, nun, dann den Forderungen der Arbeiter das notwendige Verständnis gezeigt. So wie bisher, kann es nicht weiter gehen.

An unseren Mitgliedern im Hagen-Schöbelner Bezirk liegt es, mit allem Eifer für den Ausbau unseres Verbundes zu wirken. Schwierigkeiten, die sich entgegenstellen sind dazu da, um überwunden zu werden. Je einiger, geschlossener wir siehen, um so eher werden wir unser Ziel erreichen. B. A.

Warum hat die christlich-nationalen Arbeiterbewegung und die Öffentlichkeit ein Interesse am Erstarken des Gutenberg-Bandes.

Diese Frage beantwortet in treffender Weise die soeben vom Gutenbergbund herausgegebene Broschüre „Demasiert“ (Preis

20 Pf., portofrei 30 Pf.). Da die dort gemachten Ausführungen wohl Anspruch auf die Beachtung jedes christlichen Arbeiters machen würden, bringen wir sie nachstehend zum Abschluß:

„Die stärker der sozialdemokratische Buchdruckerverband wird, um so mehr streift sein Machtkinkel, um so einsichtsloser macht er auch von seiner Macht Gebrauch. Das haben einzelne Druckereien schon zur Genüge zu spüren bekommen. Erst in Nr. 88 vom 13. April d. J. berichtete der „Vorwärts“, daß in einer Buchdruckerei in Essa es zum Anwalt stand, weil das Personal verlangte, daß das Pult des Faktors nach ihrer Anordnung gestellt werden sollte. Als dem Verlangen nicht stattgegeben wurde, stellte das Personal die Arbeit ein. 24 Stunden ruhte die Arbeit, daß Blatt konnte nicht erscheinen. Schließlich wurde das Personal ersucht, einen Platz für den Leiter anzugeben.

Die „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ (Nr. 65, 1911) berichtet: „Ein Maschinenmeister, der seit sechs Wochen vier Tiegeldruckpressen bediente, mußte auf direkte Veranlassung des Gauführers und Ortsvorstandes (des Verbundes) unter Angabe der tariflichen Zustanzen die vierte Tiegeldruckpresse zwei Tage stehen lassen.“

Wer deutet hier nicht an den Kontrakt- und Tarifbruch der 37 Notationsmaschinenmeister bei der Firma Scherl in Berlin. Zweimal legten sie den Betrieb still. Am 8. Mai 1911 (damals gab die Firma unter dem Druck nach) und am 16. Juni. Das erste Mal ruhte der Betrieb einige Stunden, das lezte Mal drei Tage. Und mit diesen 37 erklärten sich die Maschinenmeister der Firmen Ullstein und Moisséjolat, sodass auch diese beiden Betriebe einen Tag stilllagen. Wie viele solcher und ähnlicher Fälle ereignen sich im Laufe des Jahres. In einer größeren Druckerei in Essen stellte man seinerzeit das Verlangen, den Faktor zu entlassen, währendfalls die Arbeit eingestellt würde. Was wollte die Firma machen. Um sich vor größeren Schäden zu bewahren, entließ sie den Faktor.

Solche Vorfälle werden aber vom offiziellen Organ des Verbundes selten gerügt. Im Gegenteil, der „Korrespondent“ reizt ja die Mitglieder förmlich und zeigt ihnen den Weg dazu. Als Ende vorigen Jahres einige Zentralblätter es wagten etwas über die Neutralität des Verbundes zu schreiben, da hauchte der „Korrespondent“ (Nr. 150 vom 31. Dezember 1910) die Zentralpresse wie folgt an:

„Wir raten dem Teile der Zentralpresse, der seine Ausschaffung von der Neutralität der Gewerkschaften nicht besser als durch seine skrupellose Propaganda für den Gutenbergbund betätigen zu können glaubt, dringend, die Hände davon zu lassen. Die Buchdrucker verstehten wenig Spass, wenn sie sehen, daß sie zum Sturmbock für irgend eine politische Partei gemacht werden sollen. Ihr Empfinden ist viel zu gesund und ihre Erfahrung zu groß, als daß sie dahinter nicht sofort den Pfeßfuß sehen würden. Wer es wagt, den Feuerbrand zwischen sie zu werfen, sehe sich ja vor, daß er nicht selbst dabei zu brennen beginnt!“

Auso eine glatte Drohung, geboren aus dem Machtkinkel des Verbundes. Der „Korrespondent“ hat im Jahre 1904 schon einmal bei der Empfehlung des Generalstreiks das Wort Märschaus zitiert: „Hütet euch, reizt nicht dieses Volk, daß alles hervorbringt und das, um furchtbarlich zu sein, nur unbeweglich zu sein braucht.“

Noch vor Monaten berichtete die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ darüber, was sich Verbändler alles erlauben dürfen. Wie Mitglieder des Buchdruckerverbundes alles aufzutun, um die von den Katholiken Recklinghausens gegründete Druckerei, in der die „Recklinghäuser Volkszeitung“ erscheint, zugrunde zu richten. (Siehe „Typograph“ Nr. 14 und 16, 1911.) Sofort wurde hier, wie in früheren Fällen, vom Verband (Bezirk Bochum) unter dem 14. März ein Kundschreiben erlassen, den Verfasser des Artikels in Erfahrung zu bringen. Doch vergebens.

Die jahrelange „geistige Erziehung“ der Verbandsmitglieder durch den „Korrespondent“ hat diesen geradezu die Köpfe vertont. In Nr. 126 vom 27. Oktober 1906 drückt der „Korrespondent“ einen Artikel ab, in dem es u. a. heißt:

„Ich kann den Verbund, dessen Mitbegründer ich seinerzeit gewesen, nicht von dem Vorwurfe freisprechen, daß er mit zu der Deutung beigeitzen hat. Bei der starken Organisation des Verbundes durfte er nicht zulassen, daß seine Mitglieder in Offizinen reaktionär, auf Vertreibung der Lebensmittel hauptsächlich tätig waren. Schon damals hätte der Verbund energisch Front machen müssen gegen solche geradezu verbrecherischen Bestrebungen. . . . Waren Seher und Drucker nicht für die Verbreitung des gebrückten Werkes zu haben gewesen, dann hätte die Agitation für die Vertreibung der Lebensmittel nicht so wirksam werden können. Ich habe als junger Gehilfe schon so viel Gefühl für Recht und Unrecht gehabt, daß ich z. B. der Druckerei der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“ im Jahre 1862 nach einer halbwöchigem Tätigkeitsdienst den Rücken kehrte, weil es mir widerstrebt, an einer reaktionären Zeitung mitzuwirken.“

Im Munde, begleitet von Magenschmerzen. Werden größere Mengen eingesamt, so werden die Magenschmerzen außerst heftig, vielfach tritt Blutbrechen auf, Schmerzen in der Nierengegend, die Muskeln in den Armen und Beingelenken werden flüssig, anstatt Urin wird zerstobtes Blut, das ganz schleimig-schwarzig aussieht, unter heftigen Schmerzen entleert; und in 2–3 Tagen tritt, falls genannte Erscheinungen nicht zurückgedrängt werden können, der Tod ein. Werden Leute gehetzt, die an Arsenwasserstoffvergiftung gelitten haben, so bleibt als Folge sehr oft eine gewisse Steifigkeit der Armmuskeln zurück.

Arsenwasserstoff tritt überall dort auf, wo ein in Säure lösliches Metall mit arsenhaltiger Salzsäure oder Schwefelsäure zusammentrifft. Noch vor 50 Jahren wurde die Schwefelsäure aus Schwefel dargestellt und war daher Arsenfrei. Heute wird aber dieses Hauptprodukt der chemischen Technik nicht mehr aus Schwefel, sondern fast ausschließlich aus schwefelhaltigen Erzen, die meist arsenhaltig sind, hergestellt; das Erz geht von den Erzen in die Schwefelsäure über und, da Schwefelsäure zur Herstellung von anderen Säuren verwendet wird, geht das Erz in diese über. Werden nun Metalle in diesen Säuren gelöst, so tritt neben Wasserstoff noch Arsenwasserstoff auf. Der Arsenwasserstoff entsteht also bei der Herstellung von Wasserstoff, der bekanntlich zur Füllung von Luftballons verwendet wird. Früher stand bei der Herstellung von Wasserstoff zwecks Füllung von größeren Ballons und auch Kinderluftballons mehrfach Vergiftungen mit Arsenwasserstoff vorgekommen. Diese Vergiftungen sind aber seit letzter Zeit ausgeschlossen, da der Wasserstoff zur

Wenn auch die Redaktion nicht damit einverstanden war, so ist es doch recht bezeichnend, daß sie den Artikel gebracht. Sie läßt doch sonst Artikel, die ihr nicht recht in den Kram passen, in den Papierkorb verschwinden.

Und daß die neue Redaktion ähnliche Gedanken propagiert, beweist die Nr. 26 des „Korrespondent“ von diesem Jahre. In einem Artikel „Die es angeht“ wird u. a. ausgeführt:

„Es muß zu erreichen sein, daß ein auf dem Boden der Tarifgemeinschaft stehender Zeitungsverleger die Spalten seines Blattes den Desperados im Gewerbe verschließt und seiner Redaktion ein für alle Mal die Weisung erteilt, Zusendungen des Arbeitgeberverbandes in den Papierkorb wandern zu lassen.“

Wir haben diese Dinge vorangegangen, weil die christlichen Gewerkschaften und konfessionellen Arbeiter-, Jugend- und Gesellenvereine usw. vielfach ihre Arbeiten in Druckereien herstellen lassen, in denen hauptsächlich Verbandsmitglieder beschäftigt sind. Und wie man verlangt, die Redaktion anzusehen, Zusendungen des Arbeitgeberverbandes in den Papierkorb wandern zu lassen, so würde man bald verlangen, nichts mehr von den christlichen Gewerkschaften aufzunehmen — sonst . . . Die Redakteure unserer christlichen Brudervereine könnten Bände schreiben über die Druckfehler, die sich oft „unzulässig“ in ihre Artikel einschießen. Sie könnten reden von dem Verfahren beim Druck von Flugsäcken usw. Es ist vorgekommen, daß sich Vertrauenspersonen neben die Maschine postieren mussten, damit nicht in der Maschine noch flimmelnde Fehler in den Satz „hineinfürtig“ wurden. Schwierig ist es immer, Arbeiten herstellen zu lassen, die gehalten werden sollen. Der Verbundsvorsitzende Döblin erklärte auf der 7. Generalversammlung in Hannover: „Die Gewissensorganisation muss durch ihr Verhalten dafür sorgen, daß die Privativate ein großes Vertrauen zu ihnen haben, da doch streng vertragliche Sachen zu ihrer Kenntnis kommen.“ Haben Sie auch die vertraglichen Sachen immer als solche behandelt?

Zu wiederholten Male hat „ein günstiger Wind“ den sozialdemokratischen Partei- oder Arbeitersekretariaten Abschriften und Abzüge von Manuskripten zugeworfen, die die Aktion der christlich-nationalen Arbeiter aus Schwierigkeiten zu schädigen, ja zu durchkreuzen geeignet waren. Wir denken an die Gewerbege richtswahlen zu Mülheim (Ruhr) im Oktober 1907. Da haben die Sozialdemokraten eine Antwort auf das christlich-rechts verfasste Flugblatt zu geben vermocht, noch ehe dieses Flugblatt überhaupt erschienen war. Bei den Gewerbege richtswahlen in Elberfeld 1909 wurde das sozialdemokratische Parteiorgan, die „Freie Presse“, in die Lage versetzt, den Wortlaut eines Flugblattes abdrucken zu können, bevor es publiziert war. Bei der Vertreterwahl zur Ortsräte in Elberfeld Ende 1908 haben die Sozialdemokraten in einem Flugblatt gegen eine Erklärung frondiert, die nur zwei Stunden in der Druckerei des „Generalanzeigers“ gelegen und niemals gedruckt worden war.

In Nr. 26 vom 3. März 1908 schlägt der „Korrespondent“ selbst einen ähnlichen Fall. Ein Verbandsmitglied hatte sich einen Druckzug angeeignet von einer Petition, die in einer Druckerei in Plauen i. B. gedruckt wurde, und den Inhalt frühzeitig für eine Zeitung am Ort verwendet. Die Petition sollte ausdrücklich gehalten werden. Der Verbändler wurde entlassen und wegen Unterschlagung zu 5 Mr. Geldstrafe und Tragung der Kosten verurteilt.

Die „Volkswacht“ in Freiburg schreibt in Nr. 1 (1. Juli 1911): „Das erste säuselnde Lüsterl, das über unser neuen Schreibstil hinweghuschte, hat uns nachstehendes Zirkular vermittelt.“ Dann drückt sie ein Zirkular ab, daß am Freitag in einer Druckerei gedruckt und des Sonntags von den Kanzeln verlesen werden sollte. Sonnabends stand es schon in dem sozialdemokratischen Organ. Wo kam das „säuselnde Lüsterl“ her? Wer kann wissen.

In Düsseldorf passierten ähnliche Dinge: Die „Buchdruckerwehr“ Wien teilt in Nr. 13 (1. Juli 1911) mit: „Vor wenigen Wochen stand in der „Arbeiterzeitung“, daß in der Norbertusdruckerei grüne Wahlplakate für die „Grafmann-Partei“ gedruckt werden, und trotzdem selber nicht geliefert werden, hatte die „Arbeiterzeitung“ schon Kenntnis davon.“

Ein anderer Fall ereignete sich vor mehreren Jahren im „Deutschen Volksblatt“. Ein daselbst beschäftigter Seher nahm den Abzug eines Artikels, der für das Morgenblatt bestimmt war, und trug denselben in der Nacht zur „Arbeiterzeitung“, wo derselbe ebenfalls am nächsten Morgen, aber kritisiert, zur selben Stunde mit dem „Deutschen Volksblatt“ erschien.

Mehr als einmal ist es vorgekommen, daß Verbändler mit Notizen über christliche Gewerkschaften usw. zum Redakteur gingen, um ihn „aufzuklären“, daß dies oder jenes nicht stimme. Neulich erst weigerte sich ein Verbandsmitglied in einer Druckerei Recklinghausens, den Jahresbericht des Gutenbergbundes zu schenken. Das Manuskript sei „verloren“ gegangen. Nachdem er aufgesordert wurde: entweder oder — hat er es schließlich am nächsten Tage doch gezeigt. „Brotmoral?“ —

Füllung der Luftschiffe nicht mehr aus Metall und Säure, sondern durch den elektrischen Strom hergestellt wird.

Arsenwasserstoff tritt gemäß dem Vorhergehenden auch auf beim Beziehen von Metallen mit Säuren, bei der Herstellung von Lötzrajer aus Zink und Salzsäure, bei der Gewinnung von Zinksalz aus Zink und Salzsäure, bei der Bearbeitung von zinkhaltigem Material, wie es vielfach bei der Herstellung von Teerfarbstoffen geschieht. Selbstredend ist eine Entwicklung von Arsenwasserstoff nur möglich, wenn die Säuren arzenhaltig sind. In manchen Betrieben ist man dazu übergegangen, an Stelle der gewöhnlichen Salzsäure gereinigte Salzsäure zu verwenden. Wo aber wegen der Rentabilität des Betriebes arzenfreie Salzsäure nicht verwendet werden kann, müssen die Apparate, in denen Arsenwasserstoff entstehen kann, mit vorzüglich wirkenden Abzügen versehen sein. Da Viträle meist dann eintreten, wenn Arbeiter zwecks Reinigung von Gefäßen, in welchen die Bildung von Arsenwasserstoff möglich war, in die Gefäße hineinstiegen und dort längere Zeit verweilen, so muß gerade in solchen Fällen die größte Vorsicht angewandt werden.

Von maßgebender Seite ist in den letzten Jahren vieles geschehen, um die Vergiftungen von Arsenwasserstoff zu verhindern. Zumal ist überall Vorsicht dort am Platze, wo eine Bildung von Arsenwasserstoff überhaupt möglich ist, und das ist, wie gesagt, überall da, wo Schwefelsäure, Salzsäure und auch Salpetersäure mit Metallen, namentlich Eisen und Zink in Berührung treten, und wo nicht garantiert arzenhaltige Säuren zur Anwendung kommen.

Arsenwasserstoff.

Zu den giftigsten Stoffen im Mineralreich gehört das Arsen und seine Verbindungen. Am bekanntesten davon ist wohl das sogenannte Giftnatrii, das in der Chemie den Namen „Arsenit“ bzw. „Arsentrioxid“ führt; dasselbe wird bei der Bearbeitung von vielen Erzen, namentlich Nickel-, Cobalt-, Bismut-Erzen usw. gewonnen. Seine gewöhnliche Verwendung ist in den letzten Jahrzehnten zurückgegangen, namentlich werden diejenigen giftigen Farbstoffe wie Schweißfärbergrün, fast ganz durch die nicht giftigen Farbstoffe verdrängt.

Diese arsenige Säure, auch „weißer Arsenit“ genannt, war bis in den letzten Jahrzehnten bei verhinderlichen Vergiftungen am meisten angewandte Gift. Schon 0,1 Gramm genügen, um den Tod herbeizuführen. Seine Verwendung zu diesen Zwecken ist seit vielen Jahren jedoch zurückgegangen.

Eine äußerst giftige Verbindung, die in den letzten fünf Jahren viel von sich reden macht, und in gewissen gewerblichen Betrieben leider eine Reihe von schweren Unfällen verursacht, deren Ausgang meist ein tödlicher war, ist der Arsenwasserstoff. Chemisch stellt er eine Verbindung zwischen dem Metalle, Eisen und dem Wasserstoffgas dar. Er tritt bei der Herstellung einer Reihe von chemischen Präparaten auf, hat einen blauhartigen Geruch, ist jährlings und bewirkt bei der Einatmung sehr rasch die unangenehmsten Folgen. Bei geringen Mengen tritt eine Gelbfärbung der Augen ein, ein metallischer Geschmack

Wie es Verbündeter vielfach machen, wenn Gutenbergbündler eingestellt werden, haben wir noch gewissen. Parole entweder der Bindler wird entlassen oder wir stellen die Arbeit ein. Wenn es so weiter geht und der Verband die Kleinheit hat, dann können wir zu ähnlichen Verhältnissen, wie in Österreich. Die "Frankfurter Zeitung" berichtete unter dem 3. Februar 1908 aus Wien folgenden Fall:

"Der Vertrag der Wiener Zeitungsseiter verbietet dem Personal, nach 3 Uhr vormittags noch ein Manuskript zu setzen. Nun traf hier die Nachricht von Don Carlos Ernährung um punkt 3 Uhr nachts ein. Die Druckereileiter der "Zeit", und der „Neuen Freien Presse“ setzten die Nachricht eigenhändig. Darauf erklärte das Maschinenpersonal der „Neuen Freien Presse“, die Arbeit sofort einzustellen, wenn die Notiz ins Blatt komme. Bei der "Zeit" hatte das Personal Einsicht, und so ist die „Zeit“ die einzige österreichische Zeitung, die die Nachricht im Sonntagsblatt hatte. Der Druckereileiter der „Neuen Freien Presse“ fuhr um 4 Uhr früh nach Meidling in die Wohnung des Gehilfenobmanns, erhielt aber nicht die erbetene Ermächtigung und musste das Blatt mit den alten Platten drucken, also ohne die Bombe, wobei noch einige Postzüge nicht erreicht wurden. Nun kam aber noch ein Nachspiel. Heute früh traten die Seiter der „Zeit“ in Streik zur Strafe für die Missachtung des Tarifs. Um 1 Uhr wurde noch mit ihnen verhandelt, ob das Abendblatt „heute“ über nicht. Und das Schöne: die Blätter dürfen von allem nichts berichten, denn kein Seiter würde eine diesbezügliche Notiz sehen."

Das war vor drei Jahren. Und daß es heute noch nicht besser geworden ist, beweist ein ähnlicher Fall, über den die „Buchdruckerwehr“ Nr. 9 (1. Mai 1911) berichtet. Im Sarajevoer Tageblatt haben die Seiter die Arbeit verwirkt, weil sie nicht die über den Tarif hinausgehende Leistungszulage erhalten. Die Seiter haben so langsam gesetzt, daß die Zeitung nicht fertig wurde, und gerade das aktuelle Material unverlebt geblieben. Die Forderung, eine Notiz zu sehen, in der dem Publikum der Grund des verrückten Umfanges des Blattes mitgeteilt wird, wurde seitens der Seiter nicht erfüllt. Das „Sarajevoer Tageblatt“ fährt nach der Schließung des Falles fort: „Ahnlich wie uns erging es überdies auch den anderen Buchdruckereien.“

Wie die „Buchdruckerwehr“ Wien (Nr. 12, 1. Juli 1911) berichtet, verwirkeren vor wenigen Tagen die Seiter in Czernowitz die Arbeit und drohten mit dem Streik, mit der Motivierung, daß sie den Kandidaten der sozialdemokratischen Partei keiner Kritik unterziehen lassen! In Österreich ist die sozialdemokratische Organisation Alleinherrscher.

Wenn erst dem Verband der Kampf noch mehr schwält, kann man sich auf allerlei gefaßt machen. Bei der Besprechung des Jahresberichtes (Nr. 44, 1911) meinte der „Korrespondent“ großsprecherisch: Der Verband ist der Pol, um den sich alles dreht. Und die sozialdemokratische „Bielefelder Volkswacht“ vom 16. Mai 1911 redet von der „Macht, ohne dessen Zustimmung das Unternehmertum zur Ohnmacht verurteilt ist“. Geradezu großsprecherisch war der „Korrespondent“ 1907. In Nr. 113 schrieb er: „Man soll erfahren, was es heißt, gegen eine Arbeitervereinigung von Weltluft den Kampf einzuschlagen.“

Damals hat der Gutenberg-Bund in Gemeinschaft mit den christlichen Gewerkschaften den Kampf aufgenommen — es handelte sich um den Abschluß des Monopolvertrages —, und zwar mit Erfolg. Die christlich-nationale Arbeiterbewegung hatte ein großes Interesse daran, den Abschluß eines Monopolvertrages zu verhindern. Warum? Weil ein Monopolvertrag im Buchdruckerverbände ungesehene Folgen nach sich ziehen würde.

Besteht in einem Orte für ein Gewerbe ein Monopolvertrag, dann ist immer noch dem Arbeiter, der sich nicht dem betreffenden Verband anschließen will, Gelegenheit gegeben, an einem anderen Orte sich um Arbeit umzusehen. Das ist jedoch ausgeschlossen, wenn der Monopolvertrag sich über das ganze Reich erstreckt. Entweder rot oder kein Brot ist dann die Parole. Der bekannte Sozialpolitischer Professor Dr. Jaström bewies das ebenfalls seinerzeit in der Monatsschrift „Gewerbe- und Kaufmannsgerichte“. Diese Wirkung hat sich auch gezeigt beim Chemigraphenverband. Das „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission der sozialdemokratischen Gewerkschaften berichtet in Nr. 52 (31. Dezember 1910), daß im Jahre 1904 im sozialdemokratischen Verbande erst 69,2 Prozent der Gehilfen organisiert waren, ein Jahr nach Wirkung des Monopolvertrages (1905) war die Zahl auf 93,6 Prozent hinausgeschossen. Das „Korrespondenzblatt“ gibt zu:

"Nach Abschluß der Tarifgemeinschaft schneite also sowohl bei den Prinzipalen, noch weit mehr aber bei den Gehilfen der Provinzials der Organisierten bedeutend in die Höhe, was in erster Linie auf die Wirkung des mit der Tarifgemeinschaft verbundenen Organisationsvertrages zurückzuführen ist."

Dasselbe trifft beim Buchdruckerverband zu. Man verfolge einmal die Statistik und sehe, wie laufende Gehilfen aus Angst vor dem Monopolvertrag in den Jahren 1906/7 aus dem Verbande entlassen sind. Und dieser hat es auch verstanden, diese Situation in der demagogischen Weise auszunutzen. Es ist eine Gesinnungswendung sondergleichen, mit Stockprügeln auf den Magen Gehilfen in einen sozialdemokratischen Verband zu zwingen, die innerlich auf Seiten des Gutenberg-Bundes und der christlich-nationalen Arbeiterbewegung liegen.

Aus Neuerungen der letzten Zeit geht hervor, daß der Verband sein Vorhaben, den Monopolvertrag abzuschließen und den Gutenberg-Bund auszuschalten, noch nicht aufgegeben hat. Der Verband soll sehen, daß seine Bauten nicht in den Himmel wachsen. Aus den kurz angeführten Beispielen werden die christlich-nationalen Arbeiter zur Genüge erkennen, daß es ein Interesse daran haben, daß der sozialdemokratische Buchdruckerverband nicht zur Alleinherrschaft kommt, sondern daß die Organisation der Buchdrucker, die dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften angeschlossen ist, der Gutenberg-Bund weiter existiert."

Terrorismus.

Bei bedauerlich ist es, sich immer und immer wieder mit dem Terrorismus der sozialdemokratischen Verbündeter gegen andersdenkende Arbeitskollegen zu setzen zu müssen. Doppelt bedauerlich zu einer Zeit, wo man seitens der Schärfmacher getreulich auf der Lauer liegt, um Material zu neuen gezielten Gewaltbestimmungen gegen die Arbeiterschaft zu sammeln. Wer die roten Terroristen sieht, es nur einmal nicht über sie bringen zu können, ihrem wilden Fanatismus Zügel anzulegen. Wie oft schon waren wir nicht gezwungen, der Kritik der Differenzlichkeit Fälle zu unterbreiten, wo Mitglieder unseres Verbandes von sozialdemokratischen Arbeitern wegen ihrer Verbindung mit Hochheiten und Schlägern verfolgt, ja sogar aus der Arbeit gebrängt und brutal gemacht wurden.

Zu einem wahren Hexenkessel sozialdemokratischer Unzulänglichkeit gegen christliche Arbeiter aber scheint sich neuerdings Düsseldorf entwickeln zu wollen. Seit dem Emportheben unserer dortigen Verwaltungsstelle häufen sich geradezu die Klagen darüber, daß die Genossen sich weigern, christlich-organisierten Arbeitern die in vielen Betrieben notwendige und übliche gegenseitige Hilfe zu leisten und ihr ganzes Verhalten darauf anlegen, christlich organisierte Arbeiter durch die bekannte „entsprechende Behandlung“ zum Nebertritt in den sozialdemokratischen Verband gefügig zu machen. Besonders jüngere Kollegen wird das gemeinsame Werkzeug mit allerlei habenscheinigen Aussichten vorenthalten oder glattweg verweigert, das eigene Werkzeug wird verlegt und es kommt erst dann wieder zum Vorschein, — wenn das christliche Verbandsbuch abgegeben oder die Abgabe in nahe Aussicht gestellt ist. Die Freiheit der Genossen zurückzuweisen, und gebührend zu brandmarken ist einfach eine Pflicht der Selbsterhaltung für uns. Letzteres ist der roten „Führerschaft“ natürlich nicht angenehm; statt aber nun ihre fanatischen Hänger zu entzweitzen, sucht sie diese durch Abriegeln der Terroristensöhle rein zu waschen und dadurch zu ssernen „Heldenataten“ noch zu ermuntern. Mit einer unübertragbaren Hallunkenlogik bringen diese Leute es sogar fertig, zu behaupten, nicht die roten Terroristen seien es die den Schärfmachern Material zu neuen Knebelungsgejagten für die Arbeiterschaft lieferten — sondern die christlichen Arbeiter, weil sie es wagen, sich der roten „Liebenswürdigkeiten“ zu erwehren.

Christliche Arbeiter sind nach der roten Logik einfach vogelsfrei und haben sich alles bieten zu lassen — ohne zu müssen. Tun sie das nicht, so sind sie „Arbeitsvertrüter“ und die Genossen greifen dann zu schärferen Mitteln. So berichtete das „Düsseldorfer Tageblatt“ in seiner Nr. 256 über folgenden Fall:

„Eine Schändtat, wie sie selten zu verzeichnen ist, leistete sich am Freitag den 15. September, mittags zu Beginn der Arbeit der zweite Vorsitzende des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes, Verwaltungsstelle Düsseldorf, eingeschriebenes Mitglied der sozialdemokratischen Partei, freidenkerfürscher Dreher Theissen, indem er, ohne den geringsten Grund und Anlaß zu haben, einen Mitarbeiter, der sich nicht zu den Anhängern bekannte, wie sie vorstehend bezeichnet werden, mit Schlägen an den Kopf traktierte, bis der Werkmeister den Theissen von seinem Opfer gewaltsam entfernte. Der auf diese Art und Weise misshandelte Mitarbeiter ist Mitglied des christlichen Metallarbeiterverbandes. Dies wird die einzige Ursache zur praktischen Vertilzung der Brüderlichkeit sein, wie sie solche traurige Helden ausüben.“

Gegen den p. Theissen wird Strafantrag gestellt werden. Dies ist derselbe Held, der vor kurzem ein Flugblatt unterzeichnete und an den Arbeitsstellen verteilen ließ, welches zum Austritt aus der Kirche aufruft und an alle Mitglieder der sozialdemokratischen Gewerkschaften und der Partei gerichtet war. Solche feige Heldenataten schienen mut hin die Früchte der Erziehung zu sein, wie sie der sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften von ihren Führern geboten werden. Wie es alsdauet oft bei den sozialdemokratischen Massen aussicht, kann man sich hier nach leicht vorstellen. Willst du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein! dies ist der Grundtakt, nach dem hier gehandelt wurde. Denkende Arbeiter, merkt's euch!“

Die Firma hat nach diesem Vorfall beide Dreher entlassen. Daß der „Held“ Theissen entlassen würde, war für uns selbstverständlich. Da man jedoch auch unseren Kollegen entließ, wollten wir vorerst so recht an dessen Unschuld an dem Vorfall nicht glauben. Wir hielten solche Stöheit selbst bei einem Genossen nicht für möglich. Daher warteten wir ab, in welcher Weise sich die heilige sozialdemokratische „Volkszeitung“, inspiriert vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband, aus der Affäre ziehen würde. Die Wahrheit einzufestigen ist bei den Genossen äußerst bitter. Man hat sie nun etwas verschütt und versucht die Sache als harmlos hinzustellen. Die „Volkszeitung“ Nr. 219 brachte folgende Erklärung:

„Genosse Josef Theissen ersucht uns um Aufnahme nachstehender Zeilen: „Eine Schändtat“ nennt das „Tageblatt“ eine Ohrfeige, die der Genosse Theissen einem christlichen Mitarbeiter gab. Selbstredend handelt es sich bei dieser Lappalie um eine private Differenz der beiden Dreher. Auf eine ungehörige Untempelung seitens des Christen antwortete Genosse Theissen mit einer Ohrfeige und als dieser noch fleiß wurde, mit einer zweiten Ohrfeige. Das ist alles. Wenn das Rentamt keine anderen „Schändataten“ zu verantworten hätte, als wie eine Ohrfeige eines Anhängers, würde es nicht solchen Hassloch von dieser Sache machen. In einer Bubenversammlung der Firma Schnith werden die Kollegen zu der Sache Stellung nehmen.“

Theissen. Also: Nur eine Ohrfeige — eine Lappalie — private Differenz — ungehörige Untempelung — dann Freiheit und die zweite Ohrfeige. Das andere sind sozialdemokratische Märkte. Das ist alles. Der Sachverhalt ist aber in Wirklichkeit ein ganz anderer. Wir stellten folgendes fest: Der christlich organisierte Dreher wollte seinen Platz vor Beginn der Arbeit einnehmen und mußte zu dem Zwecke die Arbeitsstelle Theissens passieren. In der Drehschank des Arbeitersführers wurde nun der christliche Arbeiter ohne Grund und Anlaß geschlagen. Nur eine Ohrfeige, schreibt der zweite Vorsitzende des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes, habe er dem christlichen Arbeiter verabfolgt. Dann wäre es immer noch eine Schändtat gewesen, nur auf die Überlegenheit der Knochen hin, ohne jede Ursache über einen Menschen herzufallen. Aber nicht eine, sondern gleich ein halbes Dutzend Backseiten wurden dem christlichen Arbeiter verabreicht. Wenn dies eine Lappalie ist, so möchten wir mal erst sehen, was der Mann „rohe Gewalttaten“ nennt. Nun soll eine „private Differenz“, eine „Untempelung“ die Ursache gewesen sein. Was ist aber Untempelung? Etwa wenn man sich zur rechten Zeit an seinen Platz zur Arbeit begeben will? Der christliche Dreher hat nie ein Wort mit diesem Genossen gepröchen. — Und „Freiheit“? Nun, wir danken, unschuldig geprügelt zu werden und uns dies nicht wenigstens in recht derber Weise verbitten zu dürfen, ist doch etwas viel verlangt. Das hierauf weitere Ohrfeigen folgten, die auch noch hingenommen werden mußten, zeigt, wie gewalttätig dieses eingeschriebene Mitglied der sozialdemokratischen Partei über den christlichen Arbeiter hergingen.“

Sollen ist. Der Werkmeister muß diesen traurigen „Helden“ zurückhalten unter Anwendung seiner ganzen physischen Kraft. Was ist nun die treibende Ursache dieser Gewalttat gegen einen rasanten Arbeiterschüler? Nur die zu tollen Nationalismus und blinden Haß bestiegene Unwollsamkeit der roten „Weltbegüter“ gegen jeden Arbeiterschüler. Bei der Frage stehenden Firmen hatten wir früher uns einige alte Mitglieder. Das änderte sich, als wir uns Besuchten dort mit der Agitation einsetzen. In einer Betriebsversammlung referierte unser Beamter über die christlichen Gewerkschaften. Trotzdem den Genossen der Besuch der Versammlung von ihren Führern untersagt war, hatten sie sich vollständig eingefunden; sie versuchten natürlich auch die Ausführungen des Referenten zu entkräften — aber ohne jeden Erfolg. Eine Anzahl traten zu unserem Verband über und heute zählen wir in diesem Betriebe bereits 45 Mitglieder. Daher der tolle Haß, der sich nun in wütiger Weise in Gewalttätigkeiten und Misshandlung anderer gesinnerter Kollegen Lust zu machen sucht. Fürwahr, eine erbärmliche „großartige Bewegung zur Befreiung des eierten Standes“, die ihre „Aktion“ mit so gearteten „heiligen Waffen“ betreibt.

In unserer christlichen und national gesinnten Arbeiterschaft ist es jetzt, mit diesen geradezu skandalösen Zuständen einmal aufzuräumen. Was nützt uns schließlich alles Theoretisieren über eine bessere Ausgestaltung des Koalitionsrechtes, wenn wir uns das heute Bestehende durch die Freiheit und unbefriediger Fanatiker praktisch illustriert machen lassen. Darum, allseitige Stärkung unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung. Wenn jeder zu uns gehörige Arbeiter in dieser Beziehung seine Pflicht tut, so wird den terroristischen Gelüsten der roten Gewaltmänner schon ein wirksames Paroli geboten werden. Darum auf zur Werbearbeit für unsere Sache! Das ist die einzige richtige Antwort auf rote Unzulänglichkeit und Gewissensknockung.

Auf der Arbeiterbewegung.

Die achte Generalversammlung der christl. Bauarbeiter.

Der Centralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands hielt am 10. September und folgende Tage in München seine 8. Generalversammlung ab. Der Verbandsstag wurde eröffnet durch einen schönen Begrüßungsabend, den die Münchener Kollegen den zum erstenmale in München versammelten Delegierten des Verbandes darboten. Kollege Stegerwald überbrachte die Grüße des Gesamtverbandes, Kollege Lauber (Zürich) die Grüße des schweizerischen christlichen Bauarbeiterverbandes.

Die eigentlichen Verhandlungen begannen am folgenden Montagnachmorgen. Zu seinem Geschäftsbericht betonte der Vorsitzende, Kollege Wiedeburg, die erfreulichen Erfolge hinsichtlich der Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Leider werde das von vielen noch nicht verstanden oder doch nicht genug gewürdigt. Mancher habe sogar in der ersten Zeit, während des großen Kampfes im Baugewerbe im verlorenen Jahre, seine Arbeitsbrüder seige im Stiche gelassen — aus Scheu vor den notwendigen Opfern. Trotzdem aber gehe es jetzt wieder vorwärts; es sei eine ernste Aufgabe, dieses Wachstum für die Folgezeit aufrecht zu erhalten. Deshalb heiße es, allen Ereignungen der letzten Jahre nachzugehen, notwendigen Verbesserungen hinzuzuführen und drohende Gefahren abzuwenden.

Zu der Diskussion wurde besonders betont, daß der verbreitlichen Fluktuation unter allen Umständen ein Siegel vorgeschoben werden müsse. Vor allem sei Gewicht auf eine bessere Durchbildung der Vertrauensmänner zu legen, da das innere Leben einer Zahl oder Verwaltungsstelle, ihre Entwicklung, in der Hauptfache von deren Pflichten und ihrem Schönen abhängig sei. Regelmäßige Kontrollen müßten durchgeführt werden, um die Trükeberger zu beseitigen. Scharf wurde der sozialdemokratische Terror verurteilt. Es war ein Aufschrei gegen gewaltsame Brutalität und die jeder Täubigkeit und Gerechtigkeit höhnsprechende Gewaltpolitik. Mit Recht wies Kollege Stegerwald darauf hin, daß man im sozialdemokratischen Lager bedenken möge, welche Stimmung dadurch in christlichen Arbeiterlager ausgelöst würde. Die Erledigung der Reichsversicherungsvordnung solle vorstichtiger machen.

In wichtigen Aenderungen beschloß die Generalversammlung zunächst eine anderweitige Regelung der Streikunterstützung. Nach dem bisherigen Statut war nur eine dreimalige Abstufung in der Zeit eines Jahres vorgesehen. Das mußte zu starken Ungerechtigkeiten gegenüber jenen Kollegen führen, die als jahrelange treue Mitglieder der Organisation trotzdem mit ihren Unterstützungsansprüchen nicht höher kamen wie die, die ihr nur erst kurze Zeit angehörten. Um diesen Kollegen Gerechtigkeit widerzuführen zu lassen, um aber auch den übrigen zu zeigen, daß sie keine Vorrechte mehr genießen, sondern sich nur selbst schädigen, wenn sie glauben, nur bei Streiks der Organisation beitreten zu sollen, wurde eine Klassifizierung von einem halben Jahr bis über acht Jahre in sieben Abstufungen vorgenommen. Die Krankenunterstützung wurde von 26 Wochen auf 13 herabgesetzt, dafür aber auch über den Winter ausgedehnt. Neueingeführt wurde eine Militärunterstützung für die zum aktiven Dienst eingezogenen Mitglieder. Dieselbe bewegt sich je nach der Höhe der Beiträge in vier Klassen zwischen 6 bis 12 Mark. Die erste Hälfte dieses Betrages kommt zu Weihachten des zweiten Dienstjahres zur Auszahlung, die zweite bei Beendigung der Dienstzeit. Ebenfalls wurde eine 10 Rgl.-Beitragsklasse für jugendliche Arbeiter und Lehrlinge neu eingeführt; die Leistungen dafür sind die gleichen wie die in unserem Verbande bestehenden. Das Verbandsorgan, die „Baugewerkschaft“, soll ab 1. Januar 1912 in verkleinertem Format achtzig wöchentlich erscheinen.

Über „die Strömungen in der Tarifbewegung“ referierte Kollege Becker und über „die rechtliche Stellung der Tarifverträge“ Herr Referendar Böhr-Langendorff. Gegenüber den Strömungen im sozialdemokratischen Lager wurde betont, daß die Tarifverträge nur ihres Selbstwertes wegen anzustreben sind. Ein Zurück von der gegenwärtigen Tarifpolitik gebe es nicht mehr, es müßte denn das bestehende total zertrümmer werden. Wer es ethisch mit den Arbeiterinteressen meine, könne das nicht wollen. Der zweite Referent kam zu dem Resultat, daß eine gerechte Regelung des Tarifwesens im allgemeinen inopportunit wäre; sie könnte die erfreuliche Entwicklung der Tarifverträge nur föhren. Einige kleine Änderungen an bestehenden Paragraphen würden dem heutigen Bedürfnis schon genügen. Den Glanzpunkt der Generalversammlung bildete das Referat des Herrn Dr. Schnenzen, über „die Richtigkeit der geistigen Bildung des Arbeitersstandes.“

Alles in allem, die achte Generalversammlung der christlichen Tabakarbeiter hat fruchtbare Arbeit geleistet. Wir wissen, unserem Bruderverband, daß diese Arbeit in der Folgezeit auch fruchtbare Früchte zeitigen möge.

Bur Bellegung der niederrheinischen Tabakarbeiter-Aussperrung.

Bei den meisten größeren Kämpfen, bei denen zwischen beiden Parteien nicht von vornherein Verhandlungen stattfinden, unterlaufen bei den öffentlichen Aus-instandsetzungen auch Unrichtigkeiten und Mißverständnisse. So auch bei der letzten Tage belagerten Tabakarbeiterbewegung des Niederrheins. Die beiden Parteien haben daher beschlossen, folgende Erklärung zu veröffentlichen:

In der am 14. und 15. September 1911 zu Mülheim geslogenen Verhandlungen zwischen dem Verband christlicher Tabak- und Zigarrenarbeiter Deutschlands und dem niederrheinischen Zigarrenfabrikantenverband (N. C. V.), welchen auch drei Mitglieder vom Vorstande des Gesamtverbandes der Gewerkschaften beteiligten, wurde festgestellt:

Die in der Presse erschienenen Berichte, als habe der N. C. V. einen die Verachtung des Verbands christlicher Tabak- und Zigarrenarbeiter Deutschlands bezeichnenden Prinzipalkampf gegen diesen Verband bezogen, eine Unterdrückung des Sozialrechts der Arbeiter bedroht, sind durchaus unzutreffend; auch entspricht es nicht der Wirklichkeit, wenn beim Vorsitzenden der N. C. V. dem Inhaber der Firma Henries, Oldenkott sen. & Comp. zu Aces, eine derartige ihm gänzlich fernliegende Absicht zugemutet wird. Weiterhin ergaben die Verhandlungen, daß die Firma Henries, Oldenkott sen. & Comp. zu Aces weder den Arbeitern ihrer Rauchtabakfabrik gefährdet noch irgendwelche Maßregelung ergriffen, oder überhaupt beabsichtigt hat.

Das geht auch schon daraus her vor, daß genannte Firma sich bereit erklärt hat, diejenigen christlich-organisierten Arbeiter der Rauchtabakfabrik, welche die Kundigung eingereicht hatten, bei eintretender Bedanz an erster Stelle zu berücksichtigen.

Neben die schrevenenden Lohnfragen in Rahmenform kam es zu einer vollen Verhandlung. Die Arbeit in den dem N. C. V. angeschlossenen Betrieben wird baldmöglichst wieder aufgenommen. (Vgl. inzwischen schon geschehen, S. 1.) Von Seiten des N. C. V. wurden Vorschläge unterbreitet zur Errichtung eines Schiedsgerichts bezüglich Verhinderung von Kündigungen und Aussperrungen bei austauschenden Lohnfragen; die Vorschläge sollen in der nächsten Zeit verwiehlt werden. Verband christlichen Tabak- und Zigarrenarbeiter Deutschlands — Frz. Z. 2. Blatt, 2. Vorsitzender.

betriebsmäßiger Zigarrenfabrikanten-Verband

(ges.) Meg. Reichen.

Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften.

(ges.) Heintz. Kurtscheid.

Die christlichen Tabakarbeiter haben bei dieser Bewegung wieder einen wesentlichen Erfolg zu verzeichnen. Zunächst sind die Lohndifferenzen in einer für die Arbeiter befriedigenden Weise beigelegt; Maßregelungen finden nicht statt; ein Schiedsgericht für Lohnstreitigkeiten besteht aus Vertretern des Fabrikantenverbandes und des christlichen Tabakarbeiterverbandes, wird gebildet. Diese Erfolge wurden errungen, trotzdem die Mitglieder des sozialdemokratischen Verbandes den christlichen Arbeitern bei diesem Kampfe in den Rücken stehn und weiter arbeiteten. (1) Jetzt, nach Beendigung der Bewegung sind alle seitens unserer Verbandsfunktionäre und Ortsvorständen getroffenen Maßnahmen zur Beiratflussung des Tabakkums sofort wieder abgängig zu machen. Die reislose Aufhebung des Boykotts liegt im Interesse der wiebereingestellten christlichen Tabakarbeiter.

Das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitern ist oft nicht deshalb unleidlich und gespannt, weil der Arbeitgeber über die Beleidigung es an sozialer Einsicht fehlen ließen, sondern der Fehler liegt auch an ungeeigneten Verhandlungen. So schreibt der Gewerbeaussichtsbeamte für Solingen, Herr Gewerbe- und Regierungsrat Ried, im Jahresbericht für 1910:

„Zu den größten Hindernissen des Arbeiterfriedens gehört die weite Entfernung zwischen den Arbeitern und der Betriebsleitung. Aus vielsach vorgebrachten Klagen der Arbeiter geht hervor, daß den Werkmeistern immer noch zu viel Einfluß zugeschanden wird. Anstellung und Entlassung, Bestrafung, Festsetzung der Löhne hängt häufig von ihnen ab. Dabei sind sie oft patetisch und hart und können durch ihre Ungehörigkeit und Ungerechtigkeit bis zu den besten, freundlichsten Absichten des Unternehmers zurücktreiben. Daburch schaden sie sowohl den Arbeitgebern als auch den Parteien zum Geben der Industrie wesentlich weitzen.“

Von Unternehmersseite ist einmal mit bezug auf die Arbeiter das Wort „Kamerad“ gesunken. Sehr sind wir doch recht weit von dem Stand entfernt, wo dies Wort allgemeine Gültigkeit hätte. Welche Umstände da mitspielen können, zeigt die Aussageung des Geheimerkspfotors Ried.

„Genossen“ als Arbeitgeber.

Die „reinen“ Lagerhalter und Lagerhalterinnen haben an ihrer letzten Generalversammlung eine scharfe Resolution gegen die Arbeitsverhältnisse in den sozialdemokratischen Konsumvereinen angenommen. — dem Konsumverein Dortmund steht Jahre lang die sozialdemokratische Schuhmachergesellschaft sogar gewonnen zu freien, weil der Vorstand sich gegenüber den eingerückten Forderungen direkt ablehnend beschließt. Das sozialdemokratische Schuhmacher-Jahrbuch (Nr. 38, 1911) heißt der Schuhmachers Konsumvereinseinleitung gründlich den Takt. Letztere habe mit ihrer ablehnenden Haltung die anderen Meister veranlaßt, ebenfalls abzulehnen. Gratierend sei, was der Konsumverein in seiner Antwort auf die Forderungen geschrieben habe:

„Keinesfalls dürfen wir die Spannung in den Beziehungen zwischen unsrer und den Privatbetrieben vergrößern. Eine Aufhebung in unserem Betriebe sei mittin eine erhebliche Aufhebung in den Privatbetrieben vorau.“

Zerner habe der Konsumverein Streikarbeit unterzuteilen wollen, überhaupt Gehälter zum Streikbruch kommen lassen, „die jeder Schuhmacher bei Zusätzen an zu wenden pflegt.“ Durch dieses Verhalten seien die Schuhmacherorganisation um 1100 M. und die Gehälter um einen großen Teil ihres Erfolges gestellt worden. Nachher habe der Konsumverein wahrheitwidrig Berichte veröffentlicht, in dem mit „Unterstützung“ und „Partizipation“ die Zer-

setzung auf den Kopf gestellt seien. — So ein sozialdemokratisches Gewerkschaftsorgan über sozialdemokratische Arbeitgeber! Ob diese Schuhmachergesellschaft wohl jetzt die Rose voll haben vom Zukunftstaat?

Bur Düsseldorf Krankenkassen-Aussperrung.

hat die sozialdemokratische Presse jetzt die Wahrheit glücklich soviel frummieregegen, daß aus der gerichtlich entlasteten roten Gewerkschaft und Wirtschaft eine „Christliche Röderkasse“, „Zentrumskasse“, „Sozialwirtschaft in einer roten Frankfurter“ usw. geworden ist. Unternehmer kann die Wahrheit wirklich nicht mehr auf den Kopf gestellt werden. Den frechen Dingenartikeln der sozialdemokratischen Presse brauchen nur die gerichtlichnotorischen Tatsachen gegebenenmaßen zu werden. Das unfallfreie Gewissen vor höchsten Bewertern bevorzugt, daß schwer Verstellungen von roten Beamten unverantwortlich durchgingen, daß mit den Kassenbehörden unverantwortlich gewirtschaftet, daß der schärfste rote Zwang auf die Rentenstellen ausgeübt, daß den als Zeugen geladenen Beamten sogar mit Erschaffung gebracht wurde, falls sie nicht richtig aussagen würden, daß der Verteilizer der Pläger noch während der Verhandlung sein Wandal niedersetzte, und daß die Pläger in dem Vergleich selbst eingestanden, daß bei der Auflistung von Beamten weniger auf die Quaestioen wie auf die Grade geachtet wurde, — daß alles sind gerichtlich festgestellte Tatsachen, die jetzt von der sozialdemokratischen Presse in ein Gegenteil umgedreht werden. Diese unglaublich heile Fälschung des klaren Tabellenstandes soll sie aber nicht gelingen. Es bleibt dabei, daß durch den erwähnten Prozeß ein unglaublich schmutziges Bild sozialdemokratischer Partei- und Kunstungsintendanz in der Krankenversicherung entsteht und für alle Zeit ein Verhandlungsgrund wird.

Kundschau.

Rheinisch-Westfälische Zeitung. — Fuldaer Verschöpfungsverein und — christliche Gewerkschaften. Die Kennzeichnung der Blätter des Essener Wochenspiegels in der letzten Rundschau schlossen wir mit dem Hinweis, daß die gewerkschaftlichen Organisationen ihrer ganzen Vergangenheit nach trotz der Erfahrungen der Kirchenfürsten Lebensfalls mit ihrem Milieu weiter frecken würden. Das ist denn auch praktisch eingetreten. Aus den schweren Abjagen der Bischöfe will der angeklagte geistliche Mitarbeiter der Rh.-Westf. Bdg. sogar eine Zustimmung herauslesen. Glaubt man die Bdg. würden nicht angeklagt werden. Um sich den Sacken des Missen zu geben, werden dann in der Rh.-Westf. Bdg. dem Bischof von Paderborn eine Reihe von Fragen vorlegt. Es war voran zu sehen, daß Herr Bischof Dr. Schulz dem bunten Gewürzmann der Rh.-Westf. Bdg. die Reitrose nicht freiwillig würde. Auf dem Tagesschlagtag der Katholiken Arbeiterversammlung der Diözese Paderborn am 18. September in Paderborn erklärte der Diözesanbischof Herr Klein-Paderborn im Auftrage des Bischofs u. a.:

„Es ist Ihnen, meine Herren, gewiß nicht entgangen, daß in den letzten Tagen in der „Rhein-Ztg. Bdg.“ mehrere Artikel erschienen sind, die sich mit der bissätzigen Bischofskonferenz in Fulda und mit den hier stattgehabten Verhandlungen beschäftigen. Ich kann mich nicht lebhaft dazu entziehen, mich mit dieser Zeitung in dieser Mitte zu beschaffen. Weil dieselbe aber unsern Diözesan-Bischof in den Kreis ihrer Erfahrungen gezwungen hat, und zwar in einer total unrichtigen, den Tatsachen direkt widersprechenden Weise, und doch auch dann noch, nachdem von Hochmeisterin ein Platz und deklariertes Denunci erfolgt war, möchte ich nicht unterlassen, einige Bemerkungen zu machen. Sie erwarten dies auch aus Zweifel von mir. Die „Rhein-Ztg. Bdg.“ hat bei dieser Gelegenheit bewußt herbeiführt, daß sie es missachtet, aus einem Vertrag zu trennen, was sie will, und aller Weise eine Hoffnung nach ihrem Geschäft zu entlocken. Solche Eigner sind geistlich es sind unsern hoch. Bisher lagt in einem Artikel acht Zeugen zur Beweisvorlage vor. Wenn der Kritikfreier glaubt, unser Bischof lasse sich auf die Beantwortung dieser Fragen ein, so ist er irrt: wenn er aus der Kritikbeantwortung eine Entscheidung ziehen zu können glaubt, so ist er irretrieblich. Wenn man sich wirklich wundert über die Dreistigkeit der „Rhein-Ztg. Bdg.“, die solchen Reiz zu Anschauung verleiht. Sogar weist das Blatt nicht gleich das ganze Protokoll der Fuldaer Bischofskonferenz einsehbar? Wer kommt Ihnen die Zeitung dann zu bekommen, daß ein Wiederholungsbeweis vor der Eröffnung des Bischofs von Bardenborn und der beiden Erzbischöfe von Köln und Bremen? Hat die Eröffnung von Bremen und Köln etwas behauptet, es sei in Fulda nicht über die Geschäftsführung gejagt worden? Es ist doch jettweise bekannt, daß seit Januar die Sorge des Bischofs auf die Befragung des wegen der Gewerbeaussichtsfrage leben zu Bremen hinzuwirkt unter den sozialen Arbeitervereinigungen gemacht ist. Wie an die Befragung dieser Sorge in jüngster geschäftlichen sensatioellen Bekanntungen der „Rhein-Ztg. Bdg.“ sind in jeder Beziehung unrichtig.

Sie darf auf das bestimmtste verklären, daß der Bischof von Paderborn, der momental aus seiner Sympathien für die christlichen Gewerkschaften ein heftig gerügt ist, seine Stellungnahme nicht im geringsten geändert hat.“

Die sozialdemokratische Presse willt in der ganzen Zeit mit weitem Vorstoßungen die Kommunikation der Dokumente nachstreiten und bis zum Lieberdrup aus eigenem Kommentierte Schweigt die vorliegende Erörterung einfach tot. Ersichtlichkeit war ja auch nie ihre starke Seite.

Das ist also der Dokumentationsbericht für die Großindustrie mit jetzt auch in der „Sozialen Praxis“ bestätigt. Zusammenfassend nimmt der Arbeitgeber Herr Professor Freude in Nr. 2: Die Befordrung habe den erwarteten Ton an gegen die Überarbeit nicht gehabt. Die Arbeitszeit sei 1910 in der Großindustrie noch gesunken. Im Jahre 1910 sei eine Steigerung der Arbeitsschafft um 7 Prozent zu verzeichnen, die Überarbeit leistenden Arbeiter seien aber um 18 Prozent gestiegen und die Überarbeiter gar um 43 Prozent. Befürchtet ist dem Betriebsrat zweckmäßig, ob die Befreiungen der Befordrung ausreichen, um die Überarbeit auf das wirtschaftlich notwendige Maß zurückzuführen. Von der sozialdemokratischen Presse in Westfalen genannte Tatsache über die Überarbeitsschafft in der Großindustrie nicht die „Soziale Praxis“, sie unterscheidet nicht viel mehr bringen, als was die Berichte der Gewerbeaussichtsbeamten zwei Jahren sagten. Diese aber bestätigten das Be-

langen noch Verschärfung des Arbeiterschutzes in der Großindustrie. — Das ist eine Rechtfertigung unseres Standpunktes, der da lautet, der wichtigste Schutz für die Arbeiter der schweren Industrie ist der Arbeitstag.

Eine Konferenz für Sozialversicherung, die unlängst in Dresden stattfand, befasste sich u. a. auch mit der Frage, welche Maßnahmen zur Verhütung von Betriebsunfällen, Gewerbe- und Betriebskrankheiten zu treffen seien. Der Referent, Herr Dr. Nag. Mat. Professor Dr. Hartmann, Generalvorsitzender im Reichsversicherungsamt, verlangte bezüglich der Unfallverhütung: Die Fabrikanten und Lieferanten von Betriebsanlagen gefährlich zu verpflichten, ihre Fabriken nur in einer den Vorschriften entsprechenden Ausgestaltung zum Verkauf zu bringen. Die Betriebsunternehmer zu verpflichten, bei der Anschaffung von neuen Einrichtungen mit den Fabrikanten oder Lieferanten die sichere Gestaltung oder die Mindestsicherung von Sicherheitsvorrichtungen zwingend zu verbinden. Die Mitwirkung der Arbeiter bei der Durchführung der Sicherheitsvorrichtungen sei sehr wertvoll für deren Erfolg. Durch unmittelbare Einwirkung von Betriebsmeistern und Arbeiterausschüssen, Vorstände, Kurse, Warnungen, Beschränkungen usw. sei das Interesse der Arbeiter an den Betriebschafftungen angeregt und zu erhalten.

In der Theorie wurde ich der fröhliche Handelsminister K. Meißner gegen die Vorlesung des Referenten, nach der der Unternehmer gesetzlich noch mehr gezwungen werden sollte, an den Betriebserhaltungsvorrichtungen anzutreten. Geschickter Fingung sollte man eingeführt werden, wenn er unbedingt nötig sei.

Das ist eine sehr merkwürdige Logik. Seit Jahr und Tag wird über die ungeheure Zunahme der Unfallrate seitens der Industriellen räsoniert. Der Staat wurde scharf gemacht und die berühmten Rentenrechnungen laufen in Schwung. Jetzt, wo Staatsbeamte das Unzuträgliche der Industriellen Förderung nach Rentenquellen einsehen und dem Nebel an die Wurzel wollen durch vermehrte und verbesserte Schutzwortheitungen usw., da scheint man wieder Wohl und Wehr. Anscheinend ist die Humankraft der Herren so zu formalisiert; die in den Betrieben zum Erfolg erwarteten Arbeiter müssen leben, wo sie bleiben; unser Profit darf nicht geschränkt werden. — Soviel sind wir aber nun doch noch nicht.

Die Arbeitskampfmittelvorlage, welche ich zu sehr Tag und Tag die Meister in Spannung hält, soll jetzt nach Melbung der Tagesschlag endgültig von der Regierung zurückgezogen werden sein. Das wäre eine offensichtliche Ungerechtigkeit. Kaufleute, Industrielle, Gewerbe, Landwirte, Handwerker, alle haben ihre gesetzliche Vertretung nur die Arbeiter nicht — weil die Herren Unternehmer die Wählbarkeit der Arbeiterschaft nicht wünschen. Denn nur daran ist die Vorlage geschiedet. Doch der Ruf nach Gleichberechtigung wird unsererseits nicht verstummen, bis man unsern Wünschen Rechnung getragen hat. — In der kommenden Reichstagsession soll die Gewerbevertretungswelle und das Handarbeitsgesetz verabschiedet werden. Um die Erleichterung zu beschleunigen, will die Regierung den Wünschen des Reichstages entgegenkommen.

Aus der Metallindustrie. 200 — in Worten — zweihundert Prozent schlägt die Internationale Wohrgesellschaft in Ettelns; für das am 31. März 1911 beendigte Geschäftsjahr 1910/11 aus. Der gesamte Gewinn beträgt 6506 842 M. Der Reinigungsan 4 332 135 M. Davon werden bei einem Aktienkapital von einer Million Mark zwölf Millionen Mark = 200 Proz. Dividende verteilt und der Rest von 2 332 135 M. vorgetragen. Das ist ein Geschäft! Die Maschinenfabrik in Ettelns steht einschl. sämtlichen Zubehör mit 2 300 000 Mark zu Buch. — Die Maschinen-, Stoffen- und Fahrtradarmaturenfabrik in Westels (Düsseldorf) erzielte noch 47 245 M. Wohlgewinnen einen Reinigungsan von 315 294 M. (287 337 M.) zu folgender Verteilung: Rücklage 20 000 M., Sicherheitsreserve 15 000 M., Taktionskasse 1000 M., Gewinnanteile und Betriebslizenzen 29 701 M., 20 Proz. Dividende und Vortrag 29 591 M. — Die fränkische Waggonfabrik Werba erzielte nach Wagn der Betrieb- und Handlung-Unfälle sowie der Abschreibungen von 180 373 M. einen Reinigungsan von 376 416 M. zu folgender Verteilung: 61 982 M. an die Wohlgewinne, 30 000 M. an den Wohlfahrtsfond, 225 050 M. gleich 15 Proz. Dividende und 69 434 M. Vortrag. — Die Mannesmann-Werke hatten im überlieferten Geschäftsjahr einen Gewinn von 72 136 787 M. gegen 61 921 373 M. im Vorjahr. Der Abschreibungen beträgt 9 811 676 M., der Reinigungsan ohne Vortrag aus dem Vorjahr 3 831 241 M. Hierbei werden 316 487 M. aufgelegt und 508 014 M. vorgetragen. Die Aktienkasse erhält 124, Prozent Dividende, die jungen Aktien 6 Proz. — Der Betrieb der Maschinenbau-Anstalt Hünfeld in Hünfeld für das Geschäftsjahr 1910/11 weist nach Deckung der Aufwendungen und der Wohlgewinne in der Höhe von 1 080 498 M. einschließlich des Vortrags einen Reinigungsan von 3 010 499 M. auf. Hierzu haben 251 469 für Rücklagen, Gewinnanteile zu überweisen, 1 126 000 = 8 Proz. Dividende verteilt und der Rest von 1 190 898 M. Vorgetragen. — Die Maschinenbau-Gesellschaft Berlin erzielte 1910/11 einen Reinigungsan von 270 890 M., zu folgender Verteilung: Unfallaufschaffung 11 907 M., Gewinnanteile 18 600 M., Dividende 180 000 M. und Vortrag 59 813 M. — Bei der Maschinenfabrik und Maschinenbau-Anstalt G. Luther in Braunschweig ergab der Abschreibungen 1910/11 einen Betriebsgewinn von 1 359 246 M. Nach Abzug der Abschreibungen, Rücklagen und Zinsen verblieb ein Reinigungsan von 370 553 M. zur folgenden Verteilung: Rücklage 16 793 M., Sonderablage 46 793 M., Gewinnanteile 6983 M., Beamten- und Arbeiter-Unterstützungskasse je 10 000 M., 6 Proz. Dividende = 240 000 M. und Vortrag 40 584 M.

Stifts und Lohnverregungen.

Metallarbeiter-Aussperrung in Menden und Umgegend

Die vom Arbeitgeber-Verband angedrohte Aussperrung ist in Sowjet zur Tat gebracht, als die Kündigung am Samstag in den einzelnen Betrieben erfolgte. In welchem Umfang und wie groß die Zahl der betroffenen Arbeiter ist, kann augenblicklich noch nicht festgestellt werden. Alle Beteiligten gehören dem drittlichen Metallarbeiter-Verband an. Der Arbeitgeber-Verband veröffentlicht in Form eines Flugblattes eine Erklärung, wonin er die Maßnahmen der Aussperrung zu rechtfertigen versucht.

Der Flugblattschreiber aber scheint selbst zu empfinden, daß kein berechtigter Grund zur Aussperrung vorliegt, und bringt allerlei gebürtige Scheingründe vor, um die Aussperrung in den Augen der Öffentlichkeit zu legitimieren.

Aus dem Verbandsgebiet.

Aus dem Saarrevier. Bei der diesjährigen Beratung des "Bergetats" im preußischen Abgeordnetenhaus wurde besonders die Rentabilitätsfrage eingehend erörtert und manche Vorschläge zu ihrer Verbesserung gemacht. Für den kleinen Beträger war es klar, daß die Kommission, welche die Missstände untersuchen sollte, nicht zuviele finden würde. Nach Mitteilung des Herrn Ministers von Sydow „bestehen keine Missstände auf den saarländischen Saargruben und die von den Abgeordneten vorgetragenen sind stark übertrieben!“ Alle bewundern den Optimismus des Herrn Ministers. Seine Neuerung über die Löhneleganzheit zeigt aber auch, daß die höheren Beamten in dem Herrn Minister einen wohlwollenden Beiflüsterer haben; das saarabische System läßt nicht zu, daß Fehler oberer Beamten zugegeben werden. Die Arbeiter, denen die Rentabilität der Werke ebenso am Herzen liegt wie den höheren Beamten, zumal die Erhöhung der Löhne mit dem Hinweis auf die schlechte Rentabilität abhängig beschleunigt wurde, vertreten in dieser Sache folgende Ansicht:

Den Werkstätten und Maschinenbetrieben einer jeden Grube steht bekanntlich ein aus dem Elberfelder hervorgegangener Beamter (Werkmeister) vor. Dass diesem Beamten nun als Fachmann die ganze Leitung des Maschinenbetriebes, Neuanschaffung von Maschinen, Herstellung der Arbeiten in den Werkstätten überlassen blieb, wäre anzunehmen, es ist aber tatsächlich nicht der Fall. Die ausschlaggebende Instanz ist der Bergrat als Leiter der Grube. Den bergtechnischen Kenntnissen dieser Herren der gebührende Respekt — ob sie aber in maschinentechnischen und Werkstattfragen das Richtige stets zu treffen wissen, ist eine andere Frage. Dass in diesen Betrieben die Wirtschaftlichkeit gesiegt werden könnte, mag unter anderem nachstehendes zeigen:

In einigen Gruben befinden sich maschinelle Schörberungen, mittels deren die Förderwagen an die Füllorte der Schächte befördert werden. Die dabei benötigten Seilgabeln (Seilschloß) werden größtenteils von ausmärts bezogen. Tatsache ist nun, daß diese Seilgabeln in den Werkstätten der Grube für den dritten Teil des Preises hergestellt werden können, nach Abzug aller Unterkosten und bei Fällung eines ganz anständigen Lohnes. Warum das nicht geschieht, ist den Arbeitern ein Rätsel. Bei Beschäftigung eines Feuerschmiedes nebst Zuschärfer mit diesen Arbeiten würden wohl ca. 20—25 Mark pro Schicht im Interesse der Grube erspart werden können. Genau so geht es bei den Förderwagen. Die Beschläge derselben werden teilweise aus Privatbetrieben bezogen, kosten dann aber vielmals so viel, als wenn die Arbeit in den eigenen Werkstätten hergestellt würde. Und erst mit der Reparatur der Förderwagen, da sind schon mehrere Schülbürgerstichen gemacht worden. Ein pensionierter Grubenschlosser betreibt ein Geschäft und übernimmt auf einer Grube die Reparatur der Förderwagen; er macht ein tabakloses Geschäft dabei. Nach Feierabend kommt er bei diesem „Unternehmer“ die Grubenschlosser eine Mark in der Stunde verdienen. Solche Löhne kann sich der Hofsatz nicht leisten! Aus welchem Grunde läßt jerner die Verwaltung nicht auch die in Reparatur befindlichen Dampfessel von eigenen Mauern, die doch beschäftigt werden müssen, einmauern, sondern für schweres Gelb von einem Unternehmer. Diese Herren machen dabei gute Geschäfte und den eigenen Arbeitern muß eine Lohnzulage wegen schlechter Rentabilität versagt werden.

Könnte hier das Interesse des Staates nicht besser gewahrt werden? Es wäre eine dankbare Aufgabe, hier einmal ernstlich nach dem Rechten zu sehen und zu überlegen, wie der Verwaltung und den Arbeitern gedient werden könnte, dann brauchte man den Arbeitern nicht beim Verlangen höherer Löhne in der jetzigen schlechten Zeit entgegen zu halten, die Werkstätten und Maschinenbetriebe als Nebenbetriebe seien nur ein notwendiges Nebel, sie seien nicht rentabel. Als ein Ausdrucksmann bei einer Sitzung beim Herrn Direktor eines Werkes auf solche Missstände aufmerksam machte, setzte dieser Herr sich über das Vorgetragene einfach mit der Bemerkung hinweg: „Wir können unsere Arbeit machen lassen wo wir wollen.“ Auch ein Standpunkt! besonders wenn man bedenkt, daß derse hert eine Lohn erhöhung mit Hinweis auf die schlechte Lage des Betriebes ablehnte. Solche Beispiele ließen sich noch viele anführen, doch davon ein andermal. Hier gilt nur die eine ausschlaggebende Frage: Wird von der Verwaltung das Nötige getan, das Interesse des Unternehmers, in diesem Falle des Staates, genügend zu wahren und warum wird den Arbeitern kein genügender Lohn gezahlt, wo es doch nicht an Mitteln fehlt, um dieses zu erreichen? Das ist offenbar zurzeit der Fall. Man überlege doch einmal mit dem Arbeiterausschuß, auf welche Art und Weise am verdecktesten gearbeitet werden kann.

Wenn auch die Aussicht gering ist, daß in nächster Zeit das saarabische System, welches in erster Linie nur blinden Gehorsam und Kastenndisziplin verlangt, von oben her bestätigt wird, so muß sich die Arbeiterschaft darüber klar sein, daß die Arbeit von unten heraus nicht nachlassen darf. Die Arbeiter haben alle Rechte, um hierauf zu reagieren, doch dieses System verschwindet, dann werden auch bessere Verhältnisse eintreten. Da aber der Einzelne hier machtlos, muß mit vereinten Kräften gearbeitet werden. Darum treues Freihalten und unausgesetzte Bereitschaft für unsere Betriebsorganisation den christlichen Metallarbeiterverband.

Wallau. Unsere Ortsgruppe veranstaltete hier und in Niederaltheim am 2. und 3. September je eine öffentliche Versammlung. In beiden Versammlungen referierte Bezirksleiter Kollege Schmitz aus Köln über die Lehren, die wir aus der gegenwärtigen Situation in der Metallindustrie zu ziehen haben. Der Vorsitzende hieß die zahlreichen erschienenen Kollegen herzlich willkommen und erinnerte daran, daß vor 41 Jahren in schärferer Zeit die deutschen Männer durch ihr einmütiges Zusammensetzen großes errungen; vor 5 Jahren, am 2. September 1906 hätten sich die hiesigen Metallarbeiter zur Gründung unserer Ortsgruppe zusammengefunden, um für ihren Stand durch einmütige Arbeit ebenfalls großes zu erreichen. In klarer und scharfender Weise verbreitete sich sodann Kollege Schmitz über die gegenwärtige Lage in unserer Industrie. In Hand eines umfangreichen Materials wies er nach, daß die Metallarbeiterchaft nur dann etwas erreichen könnte, wenn sie stark, einig und geschlossen in ihrer Organisation dastünde. Schwere Kampfe standen uns in der Metallindustrie früher noch bevor. Die Arbeitgeber seien fast lückenlos in ihren Betrieben organisiert, da sei es an der Zeit, auch den letzten unsern Verbände noch fernstehenden Kollegen zu solidarischer Mitarbeit bei der Wahrung und Förderung unserer Interessen heranzuholen. Den entschiedensten Protest aller ehrbenden Kollegen müsse es heraussetzen, daß auf

einer hiesigen Eisenhütte Streikarbeit für die Holzner Eisenhütte gestoppt werde; denn auf der letzteren Hütte standen die Kollegen schon 20 Wochen lang im Kampfe für eines ihrer fundamentalsten Menschenrechte, für ihr Koalitionsrecht. In selben Versammlungen waren die Kollegen mit dem Besererten dahin einig, daß dieses Verhalten der Hütte entschieden verurteilt werden müsse und durch ehrige Werbe und Aufklärungsarbeit dafür zu sorgen sei, daß solche Dinge einfach unmöglich.

Nach etwa 1½ Stunden sandten beide Versammlungen nach einem kräftigen Schlußwort und einem Hoch auf die Ortsgruppe zu deren häufigem Festhalten ihre Ende. Zweifellos haben sie bestreitend für unsere weitere Arbeit gewirkt. Der Besuch war ein erfreulich guter und es wäre für unsere Sache schon bedeutend gewonnen, wenn der in letzter Zeit leider alles zu wünschen läßt, fassende Versammlungsbesuch für die Folge wieder ein gutes würde. Kollegen, es muss in diesem Punkte besser werden. Die Versammlungen sind zur Orientierung und Schulung aller Mitglieder da und es kann nicht vorwärts gehen an Orte mit unserer Sache, wenn, wie es in letzter Zeit leider der Fall war, kaum die Hälfte der Kollegen in der Versammlung zu finden ist. Am 15. Oktober ist unsere nächste Versammlung. Wir hoffen dann bestimmt einen der Erfolge der öffentlichen Versammlungen feststellen zu können, daß sämtliche Kollegen rechtzeitig zur Stelle sind.

Ummerung der Redaktion. Wir müssen die Mahnung des Einsenders, die Versammlungen stets vollzählig und pünktlich zu besuchen, entschieden unterstreichen. Der Versammlungsbesuch ist nicht etwas nebenjähliches, sondern eine erste Pflicht für jeden Gewerkschafter. Es ist bedauerlich, wenn man das in der heutigen ersten Zeit erst noch betonen muß. Der lebendige Meinungsaustausch, die Schulung durch Vorträge und Diskussionen über wichtige, den Gewerkschafter interessierende Fragen, die gegenseitige Auseinandersetzung zu den notwendigen Werbearbeit für unsere Sache, daß alles sind Dinge, die ohne regelmäßigen Versammlungsbesuch verunmöglich werden. Der rechte gewerkschaftliche Geist verflammt und in einer solchen Jahrestie geht es dann statt vorwärts rückwärts. Dass aber dadurch den wirtschaftlichen Interessen der Kollegen am Ort nicht gedient ist, brauchen wir wohl hier nicht erst so lange auseinander zu sehen. Darum sollen sich die Kollegen jeder Jahrestie sowohl im fleißigen Besuch der Versammlungen, wie auch hinsichtlich der Werbung neuer Mitglieder in edlem Wettstreit gegenseitig zu übertragen suchen. Das ist die beste Bürgschaft auch für Erfolge wirtschaftlicher Art.

Aus Saarabien. Kollegen, schopft einmal tief Atem — also: dreihunderttausend Mark scheute die Burbacher Hüttenverwaltung für die ausgestandene Hütte des vergangenen Sommers — ihrem Werkverein! Huf! So werdet ihr verwundert fragen, waren es denn nicht die Mitglieder des Werkvereins, die unter der abnormalen Hütte gelitten, sind die Hofsatz so „gelb“? Und wenn die Firma einen so glänzenden Überschuss mache, haben den denn nur die „Gelben“ erarbeitet? — Steinwoog! Der Überschuss konnte nur dadurch erzielt werden, daß jeder einzelne in dem großen Betriebe des Werkes an seiner Stelle seine Pflicht und Schuldigkeit tat. Nun also: warum aber haben dann nicht auch alle Arbeiter des Werkes Anteil an den 300 000 Mark, die die Herren Aktionäre von ihrem fehlt, sehr übereichlichen Profit für die Arbeiterschaft abgeben?

Nun, einfach deshalb, weil man in gewissen „Herren“-kreisen Saarabiens noch der Tatsachen These huldigt, daß Menschenrechte in die Kuppelkammer gehören. Man verlangt von den Arbeitern, daß sie sich bezagter Menschenrechte entzünden und sie in der Kuppelkammer der geistigen Leiter des gelben Werkvereins gehorjamst deponieren. Sie sollen ihr Koalitionsrecht nicht gebrauchen und als willentlose Geschöpfe im Werkverein mit dankbarem Bewunderung die Großmutter und Gnade der Herren anstaunen, die in der „unico-nüchtern“ Weise ein paar Brocken von der räichen Dividendenplatte für sie absägen lassen. Wenn wird die saarabische Arbeiterschaft einmal allgemein zu der Erkenntnis kommen, zu welcher entwürdigenden Rolle man sie im gelben Werkverein degradiert. Statt manhaft in der gewerkschaftlichen Organisation ihre wirtschaftlichen Interessen zu vertreten und ihre Freiheit und Unabhängigkeit als Mensch und Staatsbürger zu wahren, läßt sie sich weilos die Löhne beschneiden und begibt sich schließlich aller Rechte, um dadurch die Mitgliedschaft im gelben Werkverein einen geringen Bruchteil besitzigen als Almosen zu erbetteln, woran sie einen berechtigten Anspruch erheben kann.

Auch ein selber Werkverein müßte doch mittlerweile zu der Einsicht erwachen, daß an dem 300 000 Mark-Geschenk schließlich der Schwitz aller Arbeiter fehlt. Als ehrlicher Arbeiter müßten ihm diese Indulziblerungen auf der Seele brennen und mit flammender Entrüstung nötigte er die Zulässigung von sich weisen, auch nur noch einen Tag länger nicht zu arbeiten bei der ihm zugemuteten Bettäterrolle an den Räderen seines Standes. Und gelst es nicht wie Hahn in den Ohren des beschworenen Arbeiters, wenn er jetzt obendrein noch sehen muß, wie jedes Hüttenbüttchen so das „Geschenk“ in aller Tönen die Wohlfeiligkeit der Hüttenherren preist? Mit einer den heutigen Verhältnissen und der Rentabilität des Werkes entsprechenden allgemeinen Lohnzulage an die Arbeiterschaft wäre die Verwaltung sicher nicht so läufig abgekommen. Sie macht also mit dem Geschenk erstens ein gutes Geschäft, weil ein großer Teil der Arbeiter dafür sein Koalitionsrecht verschachert und damit auch dem übrigen Teil ihrer Kollegen gleichsam die Hände bindet — und zweitens, sie hängt sich damit vor der noch dem Schein urteilenden Öffentlichkeit das Mantelchen der Arbeitersfürsorge und Wohlfeiligkeit um.

Dass es im Grunde genommen nichts weiter wie der nackte Egoismus ist, der unter der Latte der saarabischen Arbeiterschaftlichkeit lauft, zeigt sich neuerdings auch wieder auf der Neunkirchener Hütte. Die Salzenstrafen wurden dort umgehaut und natürlich auf die Höhe der technischen Vollkommenheit der Neuzeit gehobt. Eine dem entsprechenden Steigerung der Produktion kann und darf das Werk von dieser Änderung mit Recht erwarten. Aber man geht noch einen Schritt weiter und sucht nach verdeckten Mustern durch Versprechen von Extravantien die Salzmeister schon gleich zu Anfang zur Leistung des vorübergehend äußerst Möglichen anzuregen. Der Zweck ist jedoch für den beschworenen Arbeiter nur zu durchsichtig: man will die Löhne faststellen auf der Grundlage einer auch dem fräsigsten Arbeiter nur vorübergehend mit Ausübung seiner ganzen physischen und körperlichen Kraft möglichen Arbeitsergebnis. Das ist die konsequente Weiter-

Führung des seit jetzt namentlich im Nordwest üblichen Systems, wo schon vor 20 Jahren das Wort im Sprunge war: „Hier werden keine Großwäter gezogen!“ Und tatsächlich ist man dort aus purer „Arbeiterfürsorge“ nie um Finissen verlegen, sich der älteren, abgedienten Arbeiter zu entledigen. Nach höchstens 30 Jahren Hüttenarbeit muß der Arbeiter abgezogen sein — wovon er danach leben will, ist seine Sache. Die Löhne werden so kalkuliert, daß der Arbeiter während seiner Diensttauglichkeit so knapp von einem Tag an den anderen kommt, an die Rücklage eines Sparvermögens für die alten Tage ist nicht zu denken, und wie weit er mit seiner Pension nach 30 Jahren kommt, kann sich jeder an den Fingern einer Hand abzählen. Die „Fürsorge“ der Werksleitung ist „ihre“ Arbeiter zeigt sich aber auch jetzt wieder nach einer anderen Richtung hin. Die Arbeiter hatten sich darauf verlassen, daß die Werksleitung wieder, wie seit Jahren, Kartoffeln zum Einwinter für ihre Arbeiter bezöge und zum Schlafsofenvorstand abgebe. Aber die Werksleitung erhielt einfach den Bescheid, daß sie in diesem Jahre keine Kartoffeln bezorgt. Die Arbeiter können jetzt aussehen, wie sie in diesem Winter zu den notwendigen Kartoffeln kommen und darin derartige Betrachtungen anstellen, wie gut sie daran saten, sich so ganz der „Fürsorge“ ihrer Werksleitung anzuvertrauen. So seien die berühmten „Wohlfahrtseinrichtungen“ unserer saarabischen Hüttenwerke bei Licht stehen aus.

An der saarabischen Arbeiterschaft aber ist es jetzt, endlich entschlossen mit diesen unzulänglichen Zuständen aufzuräumen. Masseneintritt in den christlichen Metallarbeiterverband ist Vorbereitung dazu. Selbst ist der Mann!

Griesfassen.

Umfangreiche Einsendungen für's Organ können in die laufende Nr. nicht mehr aufgenommen werden, wenn sie erst kurz vor Redaktionsschluss eintreffen.

Sterbetafel.

Wenden. Am 2. September starb unser Kollege Verb. Westhoff im Alter von 30 Jahren infolge einer Schlaganfall.

Delde i. W. Am 20. September starb unser treuer Kollege Franz Heimann im Alter von 22 Jahren an einem schweren Unterleibsleiden.

Ehre ihrer Andenken!

Versammlungs-Kalender.

Kollegen und Kolleginnen! Versäumt ohne triftigen Grund keine Versammlung!

Samstag, den 30. September.

Alnsburg. Abends 8 Uhr außerordentliche Generalversammlung in der Schützenhalle Wintergasse.
Böhmisch-Mährische Waffenwerke. Abends 8.30 Uhr im Gewerkschaftshaus, Hauptstraße.
Bötzingen. Abends 8 Uhr bei Woltzler Kartellveranstaltung.
Heiligenhaus. Abends 8.30 Uhr bei Klüppersbach, Hauptstr. außerordentliche Generalversammlung mit wichtiger Tagesordnung.
Karlsruhe. Abends 8.30 Uhr im Palmgarten, Herrenstr. 34 a. Vorber. Vorstands- und Vertrauensmännerversammlung. Abrechnung mit dem Hauptkassierer.
Köln-Mall. Abends 9 Uhr bei Höngesberg, Bremerstraße.
München. Abends 8 Uhr außerordentliche Generalversammlung im Gasthof „Leopoldstadt“, Genefeldstraße.
Velbert. Abends 8.30 Uhr bei Heflinger, Kirchstr. außerordentliche Generalversammlung mit wichtiger Tagesordnung. Keiner darf fehlen.

Sonntag, den 1. Oktober.

Böckum I. Nachm. 6 Uhr im Gewerkschaftshaus.
Bekendorf-Nierchen. Abends 8 Uhr bei Wermann. Frauen mitbringen. Mei.: Kollege Giersch-Siegeln.
Quisburg-Wiehelnien. Abends 6.30 Uhr bei Reh, Bahnhofstr.
Dortmund-Dorstfeld. Vorm. 11 Uhr öffentliche Versammlung bei Verk. Kaiserstr.

Dortmund-Lünen-Bethmar. Nachm. 6 Uhr öffentliche Versammlung bei Höffner in Bethmar.
Dortmund-Lünenhausen. Vorm. 11.30 Uhr bei Richter.
Dortmund-Görne. Vorm. 11.30 Uhr bei Drees, Kaiserstr.
Cicke. Vorm. 11 Uhr bei Rabenau.

Essen-Innungsklasse. Herrenhausen u. Holsterhausen. Nachm. 5 Uhr im Bürgerkeller, Hohenstaufenstraße. Vortrag des Coll. Voigeld, Essen-Berbeck-Schönebeck. Abends 7 Uhr bei Möhlhoff, Germania-Haus.

Essen-Bottrop. Nachm. halb 4 Uhr bei Trogemann.
Essen-Holsterhausen. Abends 7 Uhr bei Bucher, Hobbesstraße. Frauen mitbringen.

Hamm-Dreieckfurt. Vorm. 11 Uhr bei Ahrens Mitgliederversammlung mit Vortrag.

Gießen. Vorm. 10 Uhr im Gasthaus „Grüner Baum“, Sedanstraße 12, Bezirksteilversammlung.

Sönnigen. Nachm. 4 Uhr bei Schäffermann. Sonntag den 8. Oktober nach. 4 Uhr im Gesellenhaus zu Neuwied Kloufenz der Jahrestellen seines Standes.

Hameln. Nachm. 2.30 Uhr in Marloß bei Jauschule am Neumarkt. Hier vorn. Nachm. 5 Uhr bei Hennebeil. Veranstaltung des Kartells. Köln-Humboldt-Koloni. Morgens 9 Uhr bei Gut Watzke.

Köln-Bilk. Morgens 11 Uhr bei Fassbender, Hauptstraße 28.
Köln-Bilk-Schneidweide. Morgens 11 Uhr bei Hohle, Hauptstr. 2.

Papenburg. Nachm. 4 Uhr bei Hößmann, vorher um 3 Uhr Vorstands- und Vertrauensmännerversammlung.

Schwellen. Bei Billi Wagner, Dienstraße. Frauen mitbringen.

Trier. Vorm. 11 Uhr im Lokale Kirchen an der Meierklauserne. Mittwoch den 4. Oktober.

Dortmund-Alslebenwerke. Abends 9 Uhr im Christlichen Gewerkschaftshaus, Westerbleicher 62.

Samstag den 7. Oktober.

Berlin Moabit. Im Lokal Bergmann Oldenburgerstr. 2.

Dortmund-Lünen. Abends 8.30 Uhr bei Langmann, Bismanckstr. 9. Mitgliedsbücher mitbringen.

Köln-Ottheim. Abends 9 Uhr bei Schmitz.
Stuttgart. Abends 8.30 Uhr im römischen König.

Schwellen. Bei B. Wagner, Dienstraße.

Gesucht werden tüchtige

Formier,

gute Kräfte gegen guten Lohn.

Schramm, Hilfsarbeiter und Kernmacher-Lehrlinge. Letztere gegen sofortige Bezahlung.

Zukünftiges durch unser Verbandssekretariat Stuttgart, Urbaustr. 58.